

Bezugspreis:

Wochenschrift 3.-Mtl. monatlich 2.-Mtl. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenspalte ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 10. Oktober 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Wir gehen nicht nach Washington.

Die deutschen und österreichischen Gewerkschaften werden auf der internationalen Arbeiterkonferenz ...

Es besteht die begründete Annahme, daß die gegnerischen Regierungen durch Verschleierrungsmandate ...

Am 4. Oktober wurde unser Blatt aus Amsterdam gemeldet, daß der Generalsekretär der Friedenskonferenz dem Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes eine offizielle Erklärung überreicht habe ...

Die Informationen des Internationalen Bureaus stimmten jedoch nicht. Der deutschen Regierung ist, wie der Minister des Auswärtigen Genosse Müller am Donnerstag in der Nationalversammlung mitteilte, über diesen Gegenstand lediglich folgender Brief von der Friedenskonferenz übermittelt worden:

Paris, 30. September 1919.

Gemäß den Bestimmungen des Teils 13 des Friedensvertrages vom 28. Juni 1919 zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland ...

kenntnis bringe, darf ich wohl nicht lässlich und zübereiflich hinzufügen, daß, sollten deutsche oder österreichische Abgeordnete in Vorwegnahme einer Einladung zur Teilnahme an der Konferenz nach Washington gehen wollen, ihre Reise durch die Regierung der Vereinigten Staaten in jeder angemessenen Weise erleichtert werden wird.

Frank G. Wolf.

Jedermann erkennt, daß dies keine Einladung ist, sondern daß lediglich, wie irgendeinem Privatmann, etwaigen Delegierten der deutschen und österreichischen Gewerkschaften freigestellt wird, sich um die Erlaubnis einer Reise nach Amerika zu bemühen und dann dorthin zu reisen.

Die deutsche Regierung hat dennoch, um einem Gedankenaustausch über internationale Arbeiterfragen, an dem alle Länder beteiligt sein können, die Wege zu ebnen, in Versailles zurückgefragt, ob das oben angeführte Schreiben als Einladung an die deutschen Gewerkschaften gewertet werden dürfe.

Den deutschen Gewerkschaften ist also der Weg zur internationalen Arbeiterkonferenz und zur Teilnahme an der Regelung internationaler Arbeiterfragen, deren Führung bisher stets in deutschen Händen gelegen hatte, versperrt.

Da das Internationale Gewerkschaftsbureau von der Mißachtung und Ablehnung der deutschen und österreichischen Gewerkschaften durch die Friedenskonferenz unterrichtet ist, ist damit zu rechnen, daß wenigstens die Gewerkschaftsvertreter der neutralen Länder eine Beteiligung an der Washingtoner Konferenz ablehnen, und daß aus der Internationalen Konferenz eine enttäuschende Arbeiterkonferenz nicht erreicht werden können.

Der weiß, ob das nicht die Absicht der interalliierten Regierungen ist.

„Entschiedene Schulreform“.

Von Konrad Haenisch.

II. (Schluß.)

Den Segnern, die in diesen Maßnahmen eine unzulässige Bevorzugung meiner sozialistischen Parteigenossen sehen, möchte ich entgegenhalten, daß es sich ganz im Gegenteil um nichts anderes handelt als darum, das schwere Unrecht wenigstens einigermaßen wiedergutzumachen, daß sehr zum Schaden der Schule selbst unter dem alten Regime demokratische und sozialistische Lehrer fast durchweg von leitenden Posten in der Schulverwaltung ausgeschlossen worden sind.

Nun noch ein Wort über die seit dem April durchgeführten sachlichen Reformen. Schon in den letzten Märztagen wurde die völlige Freiwilligkeit des Religionsunterrichts in Preußen eingeführt — eine alte Forderung der Linken, um die seit Jahrzehnten heftige Kämpfe geübt hatten.

Die Wirksamkeit dieser Lehrerräte lautet fast durchweg sehr günstig. Neben ihnen sind auch Kreislehrerräte gebildet, und vom Ministerium anerkannt worden. Ähnlich: Einrichtungen sind auch für die Oberlehrerschaft in Vorbereitung.

In weitem Umfange wurden nach sehr schwierigen Vorarbeiten und Erhebungen die Universitäten der Volksschullehrerschaft zur Weiterbildung geöffnet. Der Erlaß, der dies im einzelnen regelt, geht beträchtlich weiter als ähnliche Bestimmungen in irgendeinem anderen Bundesstaat.

Ein weiterer dringender Wunsch der Lehrerschaft wurde erfüllt durch die Abschaffung der Rektorprüfung, so daß künftig jeder tüchtige Lehrer zum Schulleiter aufrücken kann. Durch Erlaß vom 26. September wurde die völlige Abtrennung der den Lehrern obliegenden sogenannten niederen Küsterdienste in die Wege geleitet.

Ganz besonders wichtig ist die Einsetzung eines besonderen Erziehungsbeirats für das Ministerium selbst. Dieser Beirat, in dem alle Gruppen der Lehrerschaft und der Schulaufsichtsbeamten vertreten sind, hat bereits mehrfach im Ministerium gelagt und sehr wertvolle Arbeit geleistet.

Von Arbeiten, mit denen wir zurzeit intensiv beschäftigt sind, nenne ich die Reform der früher schon geschaffenen Elternbeiräte und die Ausdehnung dieser Einrichtung auf alle Schulkategorien. Des Weiteren wird seit Monaten an einer gründlichen Sichtung und Erneuerung des Lehrstoffes in den Lehrbüchern, besonders soweit der Deutschunterricht und der Geschichtsunterricht in Frage kommen, gearbeitet.

Auf derselben Linie wie der Schulbucheintrag bewegt sich die Anordnung, daß die Bilder des letzten deutschen Kaisers und Kronprinzen aus den Schulen zu entfernen seien, eine Anordnung, die schwere Kämpfe nach sich zog, die aber jetzt im wesentlichen durchgeführt sein dürfte.

Die schon im Sommer in der Landesversammlung eingebrachte Novelle zum Schulunterrichtsgesetz, die die Erneuerung der Schulverbände und der Schuldeputationen herbeiführen sollte, steht dort noch im Ausschub. Ihre rechtzeitige Verabschiedung ist am Widerstande des Zentrums gescheitert.

Schließlich darf ich noch auf die umfangreichen Vorarbeiten hinweisen, die seit Monaten im Kultusministerium für die große Reichsschulkonferenz geleistet werden. Zur Vorbereitung dieser Konferenz werden auf gemeinsame Einladung des Reichsministeriums des Innern und des preussischen Kultusministeriums die Vertreter aller

In diesem § 387 heißt es: „Die ursprünglichen Mitglieder des Völkerbundes sind die ursprünglichen Mitglieder dieser Organisation (der intern. Arbeiterkonferenz, D. Red.). Also Deutschland und Österreich gehören nicht dazu.“



Deutsche Nationalversammlung.

94. Sitzung Donnerstag, den 9. Oktober, 1 Uhr.

Am Regierungstisch: Bauer, Schiffer, Koch, Erzberger, Kossel, Müller.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsamts erklärt, daß die sozialdemokratische Interpellation über die Preissteigerung der Güter, des Lebers, der Schuhwaren usw. bald beantwortet werden soll.

Die politische Aussprache.

An Stelle des Abg. Haase erhält Abg. Dr. Cohn das Wort. Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Die Bluttat vor dem Reichstagsgebäude hat allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Wir hüten uns, den Täter einer Partei oder einer bestimmten Clique anzuhängen. Aber solche Mordtaten gedeihen nur in einer Atmosphäre, in der die Mörder revolutionärer Arbeiterführer und gefällige Offiziere mit Auslandsplänen versehen werden.

Wir sind glücklich, daß wir nicht sagen müssen, Mann über Bord! Der Kurs bleibt der alte, das gilt auch gegenüber den Sitzenenklängen des Abg. Scheidemann. Niemand von uns, der nicht die Einigung aller Proletarier wollte. Einigkeit der Arbeiterschaft ist und bleibt für mich Bedingung des sozialen Kampfes. Wir haben die Rechtssozialisten nicht gezwungen, mit den Bürgerlichen zusammenzugehen. Vergessen denn die Herren um Scheidemann vollständig, daß sie am 9. November zugleich mit uns und den Nationalliberalen verhandelt haben? Herr Landsberg, erkundigen Sie sich bei Ihrem Freunde Stresemann, ob das richtig ist. Am 9. November legte Ebert Wert darauf, mitzuteilen, daß ihm Prinz Max das Reichslanzleramt übergeben habe. Ebert ist der erste sozialistische Reichspräsident und er wird auch der letzte sein, wenn Sie so regieren. (Unruhe bei den Soz.) Seine Präsidentschaft wird so lange dauern, wie die Regierungszeit eines Schützenkönigs und er wird nicht viel mehr Spuren in der sozialistischen Entwicklung hinterlassen. (Lachen bei den Soz.) — Nach wie vor wütet sinnlos

die Militärisch

mit Zensur und Schußhaft. Die „Freie Jugend“ ist verboten worden. Durch die Maßnahmen des Reichswehrministers ist ein „Versammlungsnichtrecht“ geschaffen worden. Der Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, nach Möglichkeit in Deutschland Verbände zu schaffen, ist bereits unter einem sozialistischen Reichspräsidenten und sozialistischen Reichswehrminister (1) Behn Tage nach Inkrafttreten der Verfassung durch den Reichswehrminister an die Reichswehrbrigade 16 einen Befehl, der einen krasen Verfassungsbruch darstellt, da er in die Befugnisse des Reichspräsidenten eingreift. Und unter diesen Umständen stellen Sie (zu dem Abg. Scheidemann) die Behauptung auf, daß von uns die Einigung nicht gewollt werde? Bei diesen Verhältnissen natürlich nicht. Unsere Gesetzgebung ist klar antisozialistisch. Sieben Sie (zu den Soz.) Ihre Hochposten aus dem Drahterbau der Regierung in eine Anstellung zurück, lassen Sie Herrn Kossel in einer politischen Einigung ausfallen gut reinigen, dann können wir vielleicht demokratische (1) Politik von der äußersten Linken aus machen. Es wäre besser, wir sähen alle zusammen in einer

gemeinten Opposition.

Ohne die sozialistischen Parteien des Auslandes, bei denen wir uns Vertrauen schaffen müssen, können wir nicht sozialistisch arbeiten. Eine sozialistische Insel im kapitalistischen Meer ist nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Kredit heißt Vertrauen, ohne Vertrauen ist der Wiederaufbau auch der deutschen bürgerlichen Wirtschaft nicht möglich und da hat die Regierung in ihrer Außenpolitik fast alle Möglichkeiten ungenützt vorbegehen lassen. Ich erinnere nur an

das Baltikum.

Deutsche Behörden haben sich feinerzeit an der Werbung beteiligt, besonders der Abg. Winig, der sich die Freundschaft der Deutschnationalen damit erworben hat. Auf seine Stimme hin sind Tausende von Soldaten geopfert worden, im Interesse von etwa 6 Proz. der baltischen Gutsherren, die vor dem Sturz ihre Erde dortin gefunden haben, dem Zar in die entschlossenen Gewaltvollsten zu stellen. Dafür (1) sind Hunderttausende braver deutscher Jungen zu Kämpfern im Weltkrieg geworden. Jetzt haben wir in Berlin eine „westrussische Regierung“. — Politische Abenteuer, die nicht hinter sich haben, außer dem achtungswürdigen Schwereigen der deutschen Regierung. Ein politischer Spahvogel (mal wal Red.) hat die Herren aufstehen lassen und mit ihnen angeblich im Namen des Hauses Roman in New York einen Darlehensvertrag über dreihundert Millionen Mark abgeschlossen. Die Verhandlungen darüber sind in der Wohnung des früheren Staatssekretärs Dr. Solf, Wilhelmstr. 63, geführt worden (Hört, hört!), des Herrn, der uns einmal in New York oder anderswo noch vertreten will. Wenn man diese Wohnung anruft, meldet sich

Oberst Durnow, der Kriegsminister von Westrußland.

(Stimmliches Gelächter.) Dagegen verhält sich die Regierung rein passiv. Der Handelsminister von Westrußland erklärt, er laufe hier für die Armee ein. Es scheint, als ob sich die westrussische Regierung in guten Beziehungen zu der englischen Militärmission in Berlin befinden würde. Das müßte verhindert werden. (Krieg mit England? Red.) Dagegen erheben wir laut Protest und appellieren an unsere sozialistischen Freunde in der ganzen Welt, daß die Militärmissionen in Berlin Förderer der russischen Reaktion sind! Das deutsche Volk kann in der Einkünfte nicht leben, in die es durch die Schuld der Regierung geraten ist. Wenn es dem englischen Kapital gelingt, ein Bündnis der Landkassen gegen Deutschland zusammenzubringen, dann ist auch Ostpreußen für uns verloren. Keiner soll Englands Hafen für die Einfuhr nach Westrußland werden. Man sieht noch immer nicht, was die Regierung für eine Ostpolitik betreibt. Es genügt nicht, den Truppen, die nicht zurückkehren wollen, die Staatsbürgerschaft abzuerkennen. Auch das massenlose Deutschland hat genug Mittel, um eine politische Wirkung in der Welt auszuüben.

Reichswehrminister Kossel:

Der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei, Staatsminister Hergt, gab mir heute vormittag die blinde Erklärung, daß der Vorstand seiner Partei den Druckauftrag für das gestern von mir erscheinende Pamphlet nicht gegeben hat. Der Irrtum ist darauf zurückzuführen, daß der Vorstand der Deutschnationalen Partei der „Deutschen Tageszeitung“ einen anderen Druckauftrag gegeben hat, durch den der Reichspräsident und ich auf andere Weise verständlich gemacht werden soll. (Hört, hört!) Gegen den Abg. Cohn erkläre ich, daß

in Berlin bisher nur 22 Schußfälle

vorgekommen sind. Von diesen 22 Verbalten sind vier erschossen, zum Teil mit falschen Papieren. Reider sind wir noch in einem Zustand von Revolution. (Tromfischer Juraus von links: Reider!) Wir werden nicht dulden, daß neuerlich der Versuch gemacht wird, die Bevölkerung zum Bürgerkrieg zu führen. Es ist anzugeben, daß bei dem Verbot von Versammlungen einige Mitglieder vorgekommen sind. Das Vertrauen des Auslandes darf eine Partei nicht auf Kosten des Vertrauens, das das eigene Land für sie erweist, zu gewinnen suchen. Die Unabhängigen sind von einem

fanatischen Hohn gegen die eigenen Klassenkassen

getrieben. Fortgesetzt mochen sie das Ausland gegen Deutschland scharf, besonders in bezug auf militärische Fragen, durch Verbreitung falscher, direkt erlogener Behauptungen. (Unruhe bei den U. Soz. — Crispian in Lugern Red.) Wir brauchen Truppen an der Ostgrenze, da leider Polen keine Armee dauernd vergrößert. Von amtlichen Stellen wird kein Kriegsmaterial an Polen geliefert, höchstens von Schiebern, selbst auf die Gefahr hin, daß diese Waffen sich gegen Deutschland selbst kehren. (Hört, hört!) Wir bauen die Truppen im Osten ab, so rasch es die Lage gestattet. Aber Ostpreußen, West- und Ostpreußen sind so lange zu sichern, bis wirklich der Friede da ist. (Sehr richtig!) Deutschland hat den Frieden am schnellsten ratifiziert. Wenn der Kriegszustand trotzdem noch fortbauert, so ist das nicht unsere Schuld. Wird der Friede ratifiziert, so wird er von uns loyal und korrekt erfüllt werden. (Unruhe!) Die Unabhängigen sollten sich endlich des rachsüchtigen Denunzierens der Regierung des eigenen Landes dem Ausland gegenüber schämen. Ihre nationale Würdelosigkeit in der letzten Zeit kann kaum noch überboten werden. (Lebhafter Zustimmung.) Die „Freiheit“ überschlägt sich förmlich jeden Tag in

Angerebten der deutschen Regierung.

Vor einigen Tagen veröffentlichte sie den Brief eines fahnenflüchtigen Rekrutensoldaten an Major von Gilsa, der aber gar nicht in Gilsas Hände gekommen ist, sondern in Köln, wo er abgeschickt wurde, in englische Hände fiel. Wenige Tage später erscheint dieser Brief hier in der „Freiheit“. (Lebhafter Hört! — Ausruf: Hochernal. — Juraus rechts: Die gehören zusammen.) Dieser Tage behauptete die „Freiheit“ weiter, daß noch heute für die Reichswehr gearbeitet würde. In Wirklichkeit handelt es sich um Werbungen für die Marine, die nach dem Friedensvertrag 50 000 Mann aufstellen darf und für die wir werben müssen. (Hört! Hört!) Auch die Nachricht: „Vollwitt will nicht abtreten“ ist erlogen. Er hielt es nur nicht für ratsam, die Truppen gerade während des Winters auf 100 000 Mann zu verringern. Das ist auch meine Auffassung. (Sehr richtig!)

Wir müssen versuchen, durch Verhandlungen hier eine Aenderung herbeizuführen. Werden wir von den nicht ganz 400 000 Mann der Reichswehr im Winter bei zunehmender Arbeitslosigkeit 300 000 Mann auf die Straße, so kann das zu schweren Verwicklungen führen. (Sehr richtig!) Die Politik der Unabhängigen ist für Deutschland und die deutschen Arbeiter geradezu verhängnisvoll. (Der Minister geht dann auf die Beratung des Antrages Leßkors in der französischen Kammer ein und bedauert, daß die ängstlichen Delegationen aus französischen Sozialisten ausgesprochen wurden, die sie deutschen unabhängigen Zeitungen entnehmen hätten.) Mein Blatt wird mit solchen Behauptungen von der französischen Chauvinistenpresse subvertiert, wie die „Freiheit“. (Hört! Hört!) Der Linkssozialist Languey sprach dabei von 1 200 000 Soldaten, phantasierte also über einen Million, von der Unabhängige Crispian in Lugern gesprochen hatte, noch 200 000 Mann hinzu. Auch Gachin betet den ganzen Schwindel der „Freiheit“ nach. Dabei sind

die Werbungen für die Reichswehr

seit 1 1/2 Monaten fast reiflos eingestellt. (Abg. Frau Bieg: Hört!) Frau Bieg steht auf dem Standpunkt, daß man über eine Sache um so besser reden kann, je weniger man von ihr versteht. (Weiterkeit.) Wegen des dauernden Wechsels in der Reichswehr können die Werbungen nicht vollständig eingestellt werden. Wir wünschen das Militärwesen, das in anderen Ländern gegen Deutschland noch besteht, möglichst rasch und gründlich zu beseitigen. (Beifall.) Ich weiß auch, daß Werbungen entgegen dem Verbot bis in die letzte Zeit fortgeführt haben. Es herrscht eben auf vielen Gebieten ein

großes Maß von Unbestimmtheit.

Es ist auch richtig, daß Russen aus bürgerlichen Kreisen sich in Deutschland aufhalten, genau so wie auch noch russische Bolschewiken im Lande sind. Es ist auch richtig, daß russische Bolschewiken in Genußnahme sitzen, da die Regierung nicht gewillt ist, diese unerwünschten Gäste auf das Volk loszulassen. (Sehr richtig!) Sobald sich diese Leute ungefährdet durch die Gebiete hindurchbringen lassen, die zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland liegen, werden sie mit größter Beschleunigung ihrer Heimat wiedergegeben werden. (Weiterer Beifall.) Die Unabhängigen halten nur Reden, aber sie machen keine praktischen Vorschläge. Auch Herr Cohn hat nicht gesagt, wie wir der Schwierigkeit im Baltikum Herr werden können. Der Verkauf der Unabhängigen auf sofortige Wiederaufnahme des Friedenszustandes mit Sowjet-Rußland enthält leere Phrasen und wäre eine

Verletzung des Berliner Friedens.

nach dem wir mit Rußland keine Verträge schließen dürfen. (Hört! Hört!) Sperren wir die Lebensmittelfuhr ins Baltikum, so wird das lettische Land ausgeplündert, und Deutschland muß bezahlen. In den Zeitungen kann man alle möglichen Dummdinge schreiben, man kann auch viele Vorbehalte reden, eine Regierung darf aber nicht töricht handeln. (Lebhafter Beifall.)

Reichsminister des Auswärtigen Müller:

Nach unseren Informationen soll die Arbeiterkonferenz in Washington über die Zulassung deutscher und österreichischer Arbeiter selbst entscheiden. Wir nehmen natürlich nur als gleichberechtigte Teilnehmer an der Konferenz teil. Wir haben nicht die Absicht, uns in die inneren Verhältnisse Rußlands einzumischen, aber wir verlangen auch, daß man sich russischerseits nicht um unsere Angelegenheiten kümmert. Ein Vertrag mit Rußland, den wir jetzt schließen müßten, wäre nach Artikel 117 unzulässig. Eine Verbindung mit Rußland könnte uns im Augenblick keine großen wirtschaftlichen Vorteile bieten. Die russische Volkswirtschaft ist zerrüttet. In der baltischen Frage ist die Regierung schon frühzeitig für die Räumung

eingetreten. Wir sind dabei auf passive Resistenz gestochen. Den Soldaten wurde nur Einbürgerung, nicht Ansiedlung versprochen. Im übrigen ist der mit unseren Soldaten abgeschlossene Vertrag nicht rechtsgültig, da er dem Friedensvertrag zuwiderläuft. Nach meinen Eindrücken ist Herr von der Goltz einer solchen Art, wie eines Uebeltritters zu den Russen, nicht fähig. Er selbst hält eine Gegenrevolution für töricht. Ich bin für seine Abberufung eingetreten wegen des Mißtrauens, das sein Verhalten hervorgerufen hat. Er hat sich auch nicht als geeigneter Verhandlungsführer erwiesen. Der Ausruf der baltischen Truppen an alle Kulturvölker ist eine politische Fälschung. Eine westrussische Regierung kann ich nicht.

Wir haben auch keine beratende Regierung anerkannt. Wenn die deutschen Truppen aus dem Baltikum zurückziehen, so bleiben dort 170 000 Deutsche schußlos zurück. Ich habe die Entende ausgedrückt, ihren Schutz zu übernehmen. (Lebhafter Beifall.) Abg. Hensberger (Pader, Bawernb.) führt u. a. aus, daß die Arbeiter streiken, aber von den Bauern strengste Pflichterfüllung verlangt wird.

Abg. Dr. Meerfeld (Soz.):

Die Rechte wird jetzt häufig mit den Unabhängigen zusammengelesen. Kein Wunder, die Gegenseite berühren sich. Wenn unsere Partei das Ruder nicht in der Hand behalten könnte, wenn der Zusammenbruch kommen würde, so wäre das das Unglück der Nation. Graf Bofadowits hat sich darüber beklagt, daß Arbeiter in hohe Stellen kommen. Als Volkskammer-Vorsitzender wurde, wählte er von der Post nur so viel, daß man auf einen Brief eine Karte haben muß. Daß die Unabhängigen das Attentat auf Haase auf gegenrevolutionäre Umtriebe zurückführten, ist

eine Demagogie ohne Gleichen. Im Rheinland ist die Stimmung der eckdrückenden Mehrheit entschieden gegen jede Lösung vom Reich. Man muß aber acht geben auf das, was die Franzosen im Rheinland vorhaben. Wenn das Rheinland und verloren gehen sollte, trifft die Unabhängigen mit der Schuld. Wir wollen Sozialismus auf dem Wege eines organischen Aufbaus, das was Sie (zu den U. Soz.) demagogischer Weise predigen, werden Sie nie erleben. Wenn auch einzelnen Leuten die Erfahrung in manchen Verwaltungszweigen fehlt, so ist das gering demgegenüber, daß sie das Vertrauen der Massen genießen. Viele Männer unserer Partei haben Hemter angeboten bekommen und müssen sie ablehnen! Man muß das Verantwortungsgesühl in den Massen wecken und das tut weder die äußerste Rechte noch die äußerste Linke. Kennzeichnend ist

der heutige Ausruf der U. S. P. D.

anlässlich des Attentats auf Haase. Kein Wort der Enttaltung dagegen ist scharf genug. Trotzdem der Läter erklärt, er stände politisch der U. S. P. D. am nächsten, sagt doch das Berliner Organ der Unabhängigen, daß dieses Ereignis nur in einer Atmosphäre möglich sei, in der Gegenrevolutionäre vogelfrei sind. Das ist ein Skandal. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Traub (Dnat. Sp.) verliest eine Erklärung, wonach bereits vor mehreren Wochen einem Polizeibeamten bei einer Hausdurchsuchung mitgeteilt worden ist, daß die Partei nichts mit der Broschüre zu tun und niemals anonyme Druckschriften verbreitet habe. (Reichswehrminister Kossel: Das steht im Widerspruch zu der Erklärung, die mir Hergt heute vormittag gegeben hat. Die gemeinen Postkarten, die Sie verbreitet haben, sind auch anonym — große Unruhe rechts.) Es ist falsch, daß wir anonyme Druckschriften verbreitet hätten (Kossel: bestell!), auch bestellt haben wir sie nicht. (Kossel: Hergt hat es selbst zugegeben! — Hört, hört! links.) Es ist nur eine Postkarte mit dem belommenen Wabeschild von Ebert und Kossel verbreitet worden. Das ist keine Broschüre. (Kossel: Aber eine anonyme Druckschrift, und darauf kommt es an.) Reichswehrminister Kossel: Die „Freie Presse“ ist allerdings eine einzige Schweinerei. Aber der Belagerungszustand gibt mir leider nicht das Recht, das Blatt zu verbieten. Ich wünsche nicht, daß die Truppe andauernd zu einem Janapfel der Parteien wird.

Freiherr von Nisthosen (Dem.): Ein Sieg der Rechten würde der Ruin unseres Landes sein. Nur die Demokratie ver schafft Vertrauen. Der Friedensvertrag muß revidiert werden. Dr. Cohn sollte doch bedenken, daß gerade Abg. Haase, als er noch in der Regierung sah, einer Verbindung mit der Sowjet-Regierung nicht zugestimmt hat.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Minister Dr. David:

Die Darstellung, die der Abg. Dr. Cohn über angebliche Verhandlungen mit den Nationalliberalen am 9. November gegeben hat, war eine völlige Entstellung der Vorgänge. Am 9. November handelte es sich für uns vor allem darum, eine Verständigung mit den Unabhängigen herbeizuführen, um die Gefahr eines blutigen Bürgerkriegs und eines erfolgreichen reaktionären Stützpunktes möglichst abzuwehren. Niemand von uns hatte die Absicht, ohne die Unabhängigen eine Regierung zu bilden. Ich selbst habe damals in Gemeinschaft mit Ebert und Debebour über eine solche Verständigung verhandelt. Gegenstand der Verhandlung war aber auch die Frage des Verbleibens und Einwirkens bürgerlicher Politiker in eine Regierung. Wahn hatten wir uns auch geeinigt. Damals sind die Herren der verschiedensten nichtsozialdemokratischen Parteien, auch der Nationalliberalen, in der Regierung verblieben, von den Nationalliberalen Herr Schiffer als Staatssekretär im Reichsjustizamt und Herr v. Krause als Staatssekretär im Reichsfinanzamt. Das war das Ergebnis der Verhandlungen mit den Unabhängigen, und sie waren damit einverstanden. Das sollte also heute jedenfalls keinen Gegenstand gegenseitiger Vorwürfe mehr bilden.

Abg. Dr. Cohn (U. Soz.): Ich habe nur behauptet, daß die Reichswehrsozialisten, während sie mit uns Verhandlungen führten, auch an die Nationalliberalen herangetreten sind. Damals verhandelte Dr. David auch mit Herrn v. Nisthosen und eben diese Verhandlungen drohten sich um nichts anderes, als um die Frage des Eintritts nationalliberaler Abgeordneter in die Regierung. Bei den Verhandlungen mit Debebour hat Dr. David davon nichts erwähnt, wohl aber, daß der Kaiser und der Kronprinz zuredeten müßten, aber es mußte eine Regenscha! für das Entfallen eingerichtet werden. Das ist David am Montag des 9. November, vielleicht unmittelbar vorher oder nachher, nachdem der Fraktionsvorsitzende Scheidemann die Republik ausgerufen hatte.

Abg. Freiherr v. Nisthosen (Dem.): Bei den Verhandlungen zwischen mir und den Sozialdemokraten am Vormittag des 9. November erklärte Dr. David, daß eine neue Regierung ohne die Unabhängigen undenkbar wäre. (Hört! Hört! bei den Soz.) Alle Regierungsmitglieder müßten sich auf den Boden der Republik stellen. (Hört! Hört!)

Minister Dr. David verneint sich entschieden dagegen, daß seine Partei eine andere Regierungsform gewünscht habe, als die Republik.

Freitag 1 Uhr: Fortsetzung der Beratung, Haushalt des Reichkolonialministeriums. Schluß 6 1/2 Uhr.

Bildungsveranstaltungen.

Ein Vorkursvortrag vom Programm zum Volkshochschuljahr findet am Sonntag, abends 7 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3, statt. Einigungstermin: 10 Uhr. Buchführung: Sonntag, Lindenstr. 2, und im Jugendheim, Volkshochschule 7 III.

Gewinn-Auszug

Table with 3 columns: 4. Klasse, 1. Ziehungstag, 6. Oktober 1919. It lists winning numbers for a lottery, including 14. Pruss.-Südd. (240. Pruss.) Klassen-Lotterie. The table contains multiple rows of numbers and their corresponding prizes.

# Richard Oswald=Lichtspiele

## Cöpenicker Str. 68 — National-Theater

Direktion: Gebr. Köttner

Heute abend 8 Uhr Eröffnung  
Das Tagesgespräch von Berlin

# „DIE ARCHE“

7 Akte, für den Film bearbeitet von Robert Liebmann und Richard Oswald

Regie: Richard Oswald

Der Aufsehen erregende 6. Akt: Auf dem Totenschiff „Helvetia“

Großes Orchester (20 Mann), Leitung Kapellmeister Heinz Praetorius

Eintrittspreise von 1.10 M. ab

**Opernhaus.**  
**Fidelio.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schauspielhaus.**  
**Egmont.**  
Anfang 6 1/2 Uhr.

Direktion Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
Zum 1. Male **Cymbellin.**  
7 Uhr.  
Sonstabend 7 Uhr: Othello.  
Kammerspiele.

8 Uhr: **Nju.**  
Sbd. 7 1/2; U. Büchse d. Pandora.

**Theater I. d.**  
**Königgrätzerstraße**

7 Uhr: **Kabale und Liebe.**  
Sonstabend: **Kameraden.**  
Sonntag 1.15: **Musik.**  
7 Uhr: **Kabale und Liebe.**  
Montag: **Kameraden.**  
Dienstag: **Kameraden.**  
Mittwoch: neu einstudiert  
**Ein Trauerspiel**  
von Aug. Strindberg.  
Musik von E. N. von Zemlinck

**Komödienhaus**

1/2 8: **Lisclott von der Pfalz.**  
**Berliner Theater**  
7.10  
U.: **Bummel-  
Studenten.**

**Residenz-Theater.**

Untergrundb. Klosterstraße,  
Stadtbahn Jannowitzbrücke.  
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:  
**Hotbüppchen.**  
Täglich Heute: **259. Male**  
8 Uhr. zum **Das höhere Leben.**

Komödie von Sudermann.  
Regie: Alfred Rotter.  
Olga Limburg, Harry Liedtke,  
Rosa Valenti, Emma Dehner.  
Sonstabend 4 Uhr, kleine Pr.:  
**Häusel und Gretel.**  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
**Gespenster.**

**Casino-Theater**

Lehrjägerstraße, Tägl. 7 1/2 U.:  
**Großstadt-Pflanzen**  
Volksstück in 3 Akten.  
Vorne: Schwarzwaldkühe,  
Operettenakt m. Viktor Litzek.  
Dazu erstklass. Spezialitäten.  
Sonntag 1/2: Mädchenreue.

**Rose-Theater.**

7 1/2 Uhr: **Maria Magdalena.**

**Reichshall-Theater**  
7 1/2 Uhr und Sonntag  
nachm. 5 Uhr:  
**Stein, Sänger**  
nachm. halbe Ur.  
Reichshallen-  
Gehob-Brett.

**Volksbühne** Theater  
a. Bölowol.  
7 1/2 U.: **Die Bürger von Calais**

**Lessing-Theater**  
Direktion: Victor Barnowsky.  
7 1/2: **Liebe.**  
Sbd. 7 1/2: **Christa die Tante.**  
Sonnt. 7 1/2: **Christa die Tante**

**Deutsches Künstler-  
Theater.**  
7 1/2: **Das Schloß am Wannsee.**  
Sonst. 7 1/2: **Der Blauschuh.**  
Sonntag 7 1/2: **Der Blauschuh.**

**Central-Theater**

7 1/2 Uhr: **Die Faschingsfee.**  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **Cavalleria rusticana.**  
Die Schwätzerin v. Saragossa.  
Sonntag 7 1/2: **Der Blauschuh.**

**Eden-Theater**

7 1/2 U.: **U. A. W. U.**  
Stg. 3 U.: **Prinzessin vom Nil.**  
**Friedr.-Wilhelms-Th.**

7 1/2 Uhr: **Gretchen.**

**Kleines Theater.**

7 1/2 Uhr: **Helden.**

**Kl. Schauspielhaus.**

7 1/2 Uhr: **Krach.**

**Komische Oper**

7 1/2 U.: **Liebeszauber.**  
Stg. 3/4: **Schwarzwalddödel.**  
**Lustspielhaus**

7 1/2 Uhr: **So ein Mädcl.**

**Metropol-Theater.**

7 Uhr: **Sybill.**

**Neues Operettenhaus.**

7 U. 10: **Die Dame vom Zirkus.**

**Schiller-Theat. Charl.**

7 1/2 U.: **Flachsmann als Erzieher**

**Thalia-Theater**

7 1/2 U.: **Jungfer Sonnenschein**

**Th. am Nollendorferplatz**

7 1/2 Uhr: **Die Puppe.**

**Theater des Westens**

7 1/2 U.: **Die Frau im Hermelin**

Stg. 3/4 U.: **Die lustige Witwe.**  
**Theater „Die Tribüne“**

7 1/2 Uhr: **„Die Wandlung.“**

**Theater 4. Friedrichstadt**

7 1/2 U.: **Vier Einakter.**  
**Wallner-Theater**

7.15  
Uhr  
**Eine Balinacht.**  
Sonnt. 7 1/2 Uhr: **Die Gelada.**

**Trianon-Theater.**  
Bahnhof Friedrichstraße,  
Untergrundbahn Friedrichstr.  
Nachm. 4 Uhr, kleine Preise:  
**Schneewittchen.**  
Täglich 1/2 Uhr:

**Maskerade.**

Komödie von Ludwig Fulda.  
Regie: Alfred Rotter.  
Hans Arnstadt, Eugen Burg,  
Käthe Dorsch, Marietta Oily,  
Paul Bött, Jul. Falkenstein,  
Hugo Flink, Paula Lermann.  
Sonstabend 4 Uhr, kleine Pr.:  
**Aschenbrödel.**  
Sonntag 4 Uhr, kleine Pr.:  
**Johannisfeuer.**

**Passage-Theater**

Unter den Linden 22-23.  
Direktion: M. Söllman.

2 Uraufführungen

**Tragödie einer**

**Verführten**

**und Verlassenen**

**Ich klage an**

Filmroman in 5 Akten.

In der Hauptrolle:

**Leontine Kühnberg.**

Ferner ein Lustspiel

in 3 Akten

**Unikum**

mit

**Fred Kronström**

in der Hauptrolle.

Kasseneröffnung 4 Uhr

Sonntags 3 Uhr.

Anfang 4.30.

**Theater am**

**Moritzplatz**

— 3. Woche —

mit Riesenerfolg

Der gr. Ausstattungsfilm

**PRINZ**

**KUCKUCK**

6 Akte nach dem Roman

von

**OTTO JUL. BIERBAUM**

Regie: Paul Leni.  
Vorverkauf 11—1 Uhr  
6.30 8.30

INTERNATIONALE ZIRKUS BUSCH

## Box-Kämpfe im Zirkus Busch.

Heute Freitag, den 10. Oktober, 8 Uhr:

### Sabri Mahir

141 Pfund.

„Vorfürungen am Punching-Ball.“

**Kampf-Training gegen vier**

**Schwergewichts-Boxer:**

Schüller, 160 Pfd., Schwer-

gewichtsmeister der Marine

Michel Komon, 150 Pfd., Besieger

d. Neger-Champion Bambula

Franz Edel, 162 Pfd.

Neger-Champion Bambula

205 Pfd.

**Kampf-Training:**

Sabri Mahir, 141 Pfd., gegen

Willi Spöri, 118 Pfd., Leichtgewichtsmeister.

**Sabri Mahir:** Vorfürungen im Seilspringen

und Schattenboxen. — Sämt-

liche Vorfürungen und Kämpfe finden ohne

jede Pause statt. — Sabri Mahir stellt seine

Einnahmen an diesem Tage den Kriegs-

beschädigten zur Verfügung.

Kid Kleisy, 122 Pfd., Weltgewichtsboxer v. Amerika

gegen Willi Müller, Australier, 122 Pfd.

Buckuhn, Berlin, 141 Pfd., gegen

Neumann, Hamburg, 138 Pfd.

Wiesrecht gegen Sasse.

**Großes Orchester.** Kapellm. Franz Majowski.



R. Sabri Mahir

## Neue Wilhelmshöhe

Köpenicker Straße 96-97. Untergrundbahnhof Jannowitzbrücke.

### Moderne Töchter aus Berlin W

Eines Mannes Wort

mit Bruno Kastner.

## Kammerlichtspiele

Wochentags 7 1/2, 9 1/2 Uhr  
Sonntags 4, 6, 8 Uhr

Der große Maxim-Film

### Der Tänzer

(II. Teil)

nach dem Roman von Felix Holländer

mit kurzer Wiedergabe des I. Teils

Hauptdarsteller: Gertrud Welcker / Rita

Janda / Margareta Schön / Frida

## Central-Park

am Bhf. Friedrichstr.

**Schleifenbahn**

Figur-8-Bahn

Berg- und Talbahn

**Taufun-Rad**

! Hippodrom-Noblesse!

Werktags ab 3, Sonnt. 4 U.

## 210 Sager Lieferbar:

Stühle, Stühle, Stühle für Besi-

zung, Stühle, Stühle, Stühle

betriebe ufm. Andreas Dism,  
Berlin, Köpenicker Str. 97,  
Bauz. 200/201/202.

## Circus Busch

Jeden Dienstag u. Freitag

8 Uhr nur Boxkämpfe!

Die übrigen Tage 7 1/2 Uhr:

### „Aphrodite“

Tragikomisch-Pantomime

in 3 Akt. v. Paulin Busch,

insz. v. Hofballmeister

Georges Blauvalat.

Vorher d. v. Zirkus-Prgr.

## APOLLO

**THEATER**

Friedrichstraße 218

Dir.: James Klein

7 1/2 allabendl. 7 1/2

Sonnt. 7 1/2 U.

### Die Welt

im Jahre

**2000!**

Große Varleté-

Ausstattungs-

schau 15 Bildern

In Szene gesetzt

von Dir.

**James Klein.**

Unter anderem:

**Modenschau**

**1. Jahre 2000**

10 Karler z. Pferde

/ Akrobat. Spiele /

Die Lichtee in der

Silbergrotte Tänze

Effekte a. d. J. 2000

Senta Söneland

Lucie Blattner

H. Lamberts-Paulsen

Alex Stamer usw.  
Sonnt. 3/2, 1 Erwahl.  
1 Kind frei!

## Winter-Garten

Wegen des umfangreichen

Oktober-Spielplans

— Anfang 7.15 —

Rauchen gestattet!

**KÖNIGIN**  
Kurfürstendamm 235

Wein-Restaurant  
I. Ranges  
Fünf-Uhr-Tea

Täglich nachm. u. abends:  
Tanz-Vorfürungen.

## Lichtspiel-Palast

**Schweizer**

**Garten**

Am Friedrichshain 29/32.

Tägl. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 3 Uhr

Persönlich. Auftreten

**Viggo Larsen**

in seinem Sketch

**Graf Spleen.**

Ferner: Erstaufführung des

gewaltig. Abenteuer-Films

**Der goldene See.**

Abds. 8 1/2 U. im grünen Saal

**Kabarett.**

Gemüthlicher Aufenthalt,  
kein Weinverbot.  
Eintritt frei!

## METROPOL

KABARETT

DEHNENSTR. 33

Merry Ronald

Fred Marion

Elisita

Schlüter-Grants

Mary Walter

4 Vardis

Irma Traus  
Negrel u. Pola  
Max Marshall  
Paul Stelutz  
Carl  
Siegfr. Platow  
Am Flügel: Benschel





Stadtverordnetenversammlung.

Die Finanzierung der Arbeiterräte.

Der Antrag der Demokraten wegen Errichtung von Groß-Berliner Erholungsheimen für Beamte, Lehrer, Angestellte und Arbeiter wird ohne Erörterung angenommen.

Die Kosten, welche durch die Vorarbeiten aus Anlaß der im März geplanten Arbeiterratswahlen entstanden sind, sollen nach einer Magistratsvorlage in Höhe von 19.902 M. auf die Stadtkasse übernommen werden. Eine weitere Vorlage betrifft die Finanzierung der Arbeiterräte und des Volksgenossenrats der Groß-Berliner Arbeiter und Soldatenräte. — Stadtv. Streiter (Soz. Vog.) lehnt jede Verantwortung für diese Vorlagen ab und schiebt sie ausschließlich dem Magistrat zu. Er fragt, ob man denn hier in Rossau sei, und zieht gegen das „unberücksichtigte Verlangen“ des Zentralrats und des Volksgenossenrats mit scharfen Ausfällen zu Felde. Stadtv. Dove (Dem.) bemängelt, daß der Magistrat die betr. Zahlungen bereits geleistet habe, ohne die Versammlung zu fragen, will aber, wenn auch ungern, den Magistratsvorstellungen zustimmen. — Stadtv. Frank (Soz.) verwahrt die aus dem Recht der Revolution geborenen A. und S.-Räte sowie den Volksgenossenrat gegen die Angriffe Streiters und rühmt ihre Verdienste am Ruhe und Ordnung in Berlin; der Magistrat habe seine Befugnisse in keiner Weise überschritten. — Stadtv. Dr. Wehl (U. Soz.) stellt fest, daß in einer Zeit voller Unruhe und Erregung diese Institutionen den einzigen ruhenden Pol in der Erscheinung der Tätigkeit gebildet hätten. Es sei durchaus in der Ordnung, wenn der Magistrat die Leistung einer Aufwandsentschädigung und die Errichtung barer Auslagen auf die Stadt in Anerkennung der Tätigkeit dieser Institutionen zu übernehmen vorschläge. Von vollgültiger Demokratisierung der Stadtverwaltung sei doch noch keine Rede; die Remuneration des Magistrats habe noch bevor, und die besoldeten Stadträte werde man einstweilen überhaupt nicht los. Dem teilweise veränderten Beamtentum gegenüber bildeten die Arbeiterräte ein sehr erwünschtes Gegengewicht. — Kammerer Wß ist besorgt, daß Dr. Wehl für den Magistrat nicht Worte rühmender Anerkennung gefunden hat; am 18. November „kann es anders“. Daß die Finanzierungsstellen vorgehoben werden mußten, war eine unbedingte Notwendigkeit; die Frage selbst sei noch nicht gelöst, es werde feinerzeit eine weitere Vorlage erfolgen. — Stadtv. Kiesel (F.) : Auch ohne die Revolution wären die Tage des Dreiklassenwahlrechts gezählt und es wäre sehr bald in der Versenkung verschwunden. (Lebhafter Widerspruch bei der Mehrheit.) Zum Abschluß werde man sich auch durch die glänzende Anologie des Dr. Wehl nicht beherrschen lassen. — Im weiteren Verlauf der Erörterung kommt es zu einer sehr scharf ausgeprägten Auseinandersetzung zwischen Dr. Wehl und dem Stadtrat Verndt.

Gegen die Vorlage, welche die Verneuerung einiger Deputationen und Kuratoren um je einen Bürgerdeputierten vorschlägt, der den Arbeiterräten entnommen werden soll, erheben die Stadtverordneten Siedtke und Cassel (Dem.) Protest. Bürgermeister Dr. Reich vertritt den Magistratsvorschlag, der rein sachlichen Erwägungen entzünne; unter den „Arbeiterräten“ befänden sich auch zahlreiche Kopfarbeiter, Ärzte usw. Frank (Soz.) : Die Herren rechts und auch die Herren Demokraten werden sich vergebens dem Fortschritt der Zeit entgegenstellen. In den Arbeiterräten in der Stadtverwaltung besteht ein sehr starkes Arbeitswillie. Dr. Wehl hebt hervor, daß noch heute unter den 100 Bürgerdeputierten Berlins höchstens 10 Arbeiter sich befinden, es habe also bisher hier eine kapitalistische Diktatur geherrscht. — Der Antrag auf Aufschubberatung wird abgelehnt, die Vorlage mit den Stimmen der Soz. und U. Soz. angenommen.

Hierauf wird der Antrag der Demokraten beraten, bei der Rationalversammlung Einspruch zu erheben gegen eine die notwendigen Lebensmittel unerschwinglich verteuernde Erhöhung der Umsatzsteuer auf Lebensmittel. Den Antrag begründet Breitskopf (Dem.). Der Zentrumsdirektor Lammerich befreit die Kompetenz der Versammlung für dieses Thema und lehnt den Antrag ab. Stadtrat Ham-burger verweist darauf, daß die Begründung der Umsatzsteuervorlage auf eine Erhöhung von nicht weniger als 4 1/2 Milliarden rechnet. Frau Ludwig (U. Soz.) bezeichnet diese Steuervorlage einer aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Regierung als die reaktionärste, die je gemacht worden sei. Pfannkuch (Soz.) erklärt die Zustimmung zu dem Antrag und legt das Steuerprogramm der Sozialdemokratie im einzelnen dar. Die sozialdemokratische Fraktion der Rationalversammlung werde gewissenhaft erwägen, ob aber wieviel die notwendigen Lebensmittel von der Umsatzsteuer befreit werden können. Hätte der 10. Januar eine sozialdemokratische Mehrheit ergeben, dann läge diese Zwangsfrage nicht vor; die Schuld dafür trügen die U. Soz. — Ein Antrag der U. Soz. zu dieser Frage wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der Antrag der Demokraten fast einstimmig angenommen.

Erleuchtung.

Roman von Henri Barbusse. Verdeutschung von Max Hochdorf.

Der liberale Senator sagt ziemlich laut, damit man ihn auch höre, das Volk habe sich sehr brav gehalten. Das Volk habe doch die Partie gerettet. Man müsse das Volk für seine brave Haltung belohnen. Eine andere Persönlichkeit aus der gleichen Gruppe, offenbar ein Armeelieferant, spricht von den „braven Kerls im Schützengraben“, und er fügt etwas leiser hinzu: „Solange die uns beschirmen, kann uns nichts passieren.“

Eine alte Dame erwidert: „Wenn sie wiederkommen, dann wird man sie belohnen und mit Ruhm überschütten. Man wird die Generale zu Marschällen ernennen. Man wird feste für sie veranstalten, und die Könige werden dabei sein.“

Und eine andere Stimme noch: „Aber mancher wird nicht mehr heimkehren.“

Man bemerkt mehrere junge Rekruten, die bald zur Front abfahren sollen. Sie gehören zur Klasse 1916.

Der Senator nimmt wieder das Wort, und er sagt recht freundlich: „Sie sind sehr nett, die Jungens. Aber sie sind noch ein bißchen bleichsüchtig. Man sollte sie noch etwas aufpäppeln, man sollte sie noch etwas mästen!“

Ein Ministerialbeamter geht dann auf den Senator zu, und er spricht: „Die Wissenschaft von der kriegerischen Erziehung liegt noch in den Kinderschuhen. Wir bilden die Leute noch viel zu hoffig aus. Wir brauchen aber eine Organisation, die sorgfältig und behutsam eingeleitet werden müßte. Die richtigen Rekrutaten werden wir erst nach dem Kriege sehen. Dann werden wir jeden Franzosen schon von Kindesbeinen an in die Armee einreihen, und wir werden aus jedem einen kräftigen und stattlichen Rekruten machen, bei dem Leib und Seele tüchtig zusammenfallen.“

Die Festlichkeit ist zu Ende. Ein Musikfuch. Der

Groß-Berlin

Zur Feier des 9. November.

In wenigen Wochen fährt sich der Tag, an dem das deutsche Volk sich von den Fesseln der obrigkeitstaatlichen Bevormundung befreite. Der Arbeiterklasse hat dieser Tag zwar nicht die restlose Erfüllung ihrer Forderungen gebracht. Immerhin ist auch für sie der Weg frei geworden, da sie durch die Errungenschaft der vollen politischen Gleichberechtigung einen hervorragenden Einfluß auf die Gestaltung der Geschicke des Volkes genommen hat. Und es wird jedenfalls von der Arbeiterklasse selbst abhängen, sich neben der politischen auch die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und dem großen Menschheitsideal des Sozialismus zum Siege zu verhelfen. Auf jeden Fall hat die Arbeiterklasse alle Ursache, den 9. November als einen Markstein in der Geschichte festlich zu begehen.

Für Berlin sind die Vorbereitungen für eine entsprechende Würdigung des Tages in vollem Gange. Neben großen Festversammlungen am Vormittag werden besondere künstlerische Abendfeiern veranstaltet werden. Der Rahmen dieser Feiern wird zum Teil durch die Lokalverhältnisse bedingt. Ernsthaft künstlerische Veranstaltungen lassen sich schlecht in einem Vierlokal arrangieren. Und da die großen Konzertsäle schon seit einem Jahr vergeblich sind, werden die von der Bezirksorganisation Groß-Berlin geplanten Festfeiern in geeigneten Schulräumen und einigen Theatern stattfinden. Es sind für Groß-Berlin zirka dreißig Feiern festgelegt. Das Programm des Abends besteht in Festrede, Instrumental- und Vokalkonzert sowie Rezitationen. Zur Mitwirkung haben sich hervorragende Mitglieder der Berliner Bühnen, des Konzertsaales und des Vortragspodiums bereit erklärt. Für die Festreden sind eine Reihe der bestmöglichen Parteigenossen gewonnen. Die Veranstaltungen werden also der Würde und Bedeutung des Tages entsprechen.

Der Lotterieschießer.

Herr Johann Voh, der auf Hugo Haase schöß, konnte sich aus seiner Heimat Wien noch an den Abg. Dr. Roser, den Vertreter von Trauteman im Reichsrat erinnern — Herr Voh könnte, wenn er nämlich sich schon früher mit Völlmi beschäftigt haben sollte, ehe er an linksradikalen Vörräten Gefallen fand. Dieser Dr. Roser hielt jedes Jahr beim Lotterietat eine große Rede gegen das Zahlenlotto, wobei er immer zahlreiche Fälle von Menschenruin und Familienzerstörung durch die Spiel Leidenschaft anführte. Johann Voh scheint sich jedoch nicht daran gelehrt, sondern in Berlin viel in der Klassenlotterie gespielt zu haben, obgleich die Sozialdemokraten im alten Dreiklassenhaus nicht unterließen, jedes Jahr gegen diese Einrichtung zu sprechen. Wenn sie durch den Umsturz nicht weggeschwemmt worden ist, so liegt das wohl an den fürchterlichen Kosten des Staates, die ihn auch auf diese Einnahme nicht verzichten lassen. Denn natürlich fließt der Ertrag der Lotterie in die Staatskasse, über jeden Pfennig wurde schon dem alten Landtag genau Rechnung gelegt — und das Dreiklassenhaus hielt sogar streng auf genaueste Abrechnung. Es ist natürlich eine Wohntüte, daß auch nur ein Groschen dieser Gelder den Hohenzollern zu Bestechungszwecken ausgeteilt worden wäre; die belassen ihre Spionage und hielten den Daumen auch viel zu sehr auf dem Sechack, als daß sie die Scheine zu Bestechungszwecken verwendet hätten. Für die Reinungsbildung sorgte schon zum Teil die Stimmung, zum anderen der Belagerungszustand. Der Bestechungssimmel des Herrn Voh paßt aber durchaus zu seinen sonstigen irren Gedankengängen, und es ist nur traurig, daß heute auch jeder Narr, dem ein Abgeordneter nicht zu Willen ist, eine Pistole und Patronen kaufen kann. — n.

Das Befinden Haases.

Die gestrige Königenaufnahme hat ergeben, daß die Kugel in der Anlegende sitzt. Eine Gelenkverletzung scheint glücklicherweise nicht vorhanden zu sein. Die Kugel soll morgen entfernt werden. Durch das Fleisch im Unterarm ist die Kugel glatt durchgegangen. Es bestehen keinerlei Komplikationen.

Groß-Berliner Frauenkonferenz.

In einer Konferenz der Funktionärinnen der Groß-Berliner Parteioorganisation referierte Genossin Bohm-Schuch über:

Schwung, der bei dem Aufzügen des Soldatenmarsches in die Menschen kommt. Eine Dame ruft: „Wenn sie das höre, so werde ihr zu Mute, als wenn sie Champagner tränke.“

Die Besucher sind fort. Draußen betrachte ich noch weiter das besagte Haus des Kriegsmuseums. Dertweilen sinkt die Dämmerung hernieder. Dieses Museum ist der Wehertempel des Krieges. Dieses Museum steht neben der Kirche, und es ähnelt der Kirche auch. Ich denke an die Kreuze, die sich auf den Kirchengiebeln emporkrecken. Wie drücken die Kreuze schmer auf die Schultern der Lebenden hinunter! Wie müssen die Lebenden im Zeichen dieses Kreuzes die Hände falten! Wie müssen sie die Augen schließen! Wie sind endlich die Gräber auf den Kirchhöfen des Schlachtfeldes mit diesen Kreuzen besetzt. Nur weil diese Heilig-tümer offenstehen, wird es auch in der Zukunft geschehen, daß die schlafumfängenen Völker immer und immer wieder beginnen, die ungeheure und düstere Tragödie des Gehorsams auf sich zu laden. Nur weil diese Heilig-tümer nicht geschlossen werden, wird all diese Tyrannei der Geldwirtschaft, der Herrscherwirtschaft und der Ausbeutung in den Fabriken weiter blühen. Alle, denen ich hier auf meinem Wege begegne, sind die Spießgesellen und die Gliederpuppen dieser Tyrannei, die weiter gebieten wird über die Verheerung der Bürger, über die Schlawheit der heimkehrenden Krieger und über das ewige Säuwagen der nicht mehr Lebenden. Wohl, die Truppen werden eingeziehen durch den Triumphbogen, aber wer wird sehen, was doch so sehr sichtbarlich ist, daß nur zehn Kilometer weiter die Reize der französischen Särge aufgereicht ist! Die Fahne wird weiter über ihrer Weite flattern. Das Banner wird weiter aufgepflanzt bleiben in Dämmerung und Duffer. Der Atem des Windes wird das Banner ergreifen und schütteln. So wird es bald die Gestalt eines Kreuzes annehmen und bald die Gestalt einer toten Siegel.

Diese Menschenfrage ist gerichtet. Aber diese Erscheinung der Zukunft erfüllt mich mit großer Verzweiflung, und in mir schauert ein heiliger Zorn auf. Ich, es gibt Augenblicke der Beroirung, in denen ich mich frage, ob die Menschen nicht all die Verschmetterung verdienen, in die sie hineinge-

„Die neue Reichsverfassung“.

Sie führte u. a. aus: Die Grundrechte in der Verfassung bestimmen, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Der sozialdemokratische Antrag, das Wort „grundsätzlich“ zu streichen, wurde von den bürgerlichen Parteien mit der Begründung abgelehnt, daß die Frau der Pflicht der Landesverteidigung nicht genügen könne. Wenn die Frau ihre Mutterpflichten erfüllt, dann muß daraus jedes Recht resultieren, das der Staat zu vergeben hat. Trotz des Artikels 119 der Verfassung haben wir die Gleichberechtigung der beiden Geschlechter heute noch nicht. Das bürgerliche Gesetzbuch muß dementsprechend umgeändert werden, insbesondere das Ehegesetz. Wir deutschen Frauen, die wir

das meiste Recht aller Frauen der Welt

begehren, müssen darauf hinwirken, daß alle Ausnahmbestimmungen gegen die Frauen beseitigt werden. Dem unehelichen Kinde sollte ein Antrag unserer Fraktion das gleiche Recht auf Erziehung und Erbe an Vater und Mutter garantieren, wie dem ehelichen. Leider mußte ein Kompromißantrag der Demokraten angenommen werden, nach dem der Staat für die unehelichen Kinder zu sorgen hat. Unsere Pflicht ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Gesetzgebung ausreichend ausgestaltet wird; das wird besonders bei dem Reichswohlfahrtsgesetz der Fall sein müssen. Auf dem Gebiete der Jugendfürsorge gilt es die furchtbaren Schäden des Krieges zu heilen. Bürgerliches Recht und Strafrecht müssen entsprechend ausgestaltet werden. Die Straflosen Jugendlicher sind aus dem Strafgesetz herauszunehmen und einem besonderen Verfahren für Jugendliche zu unterstellen. Die Verfassung ist eine starke und mächtige Waffe, wenn wir verstehen, sie zu gebrauchen!

Eröffnung der Reußländer Volkshochschule.

Die von der Stadt Reußlän geschaffene Volkshochschule wurde Donnerstag abend in der Realschule in der Bobbinstraße mit einer Feierlichkeit eröffnet. Im Mittelpunkt der feierlichen Veranstaltung stand die im Freizeitor der heutigen Nummer wiedergegebene bedeutende Rede des Ministerpräsidenten Genossen Grix über die Kulturaufgaben der Gemeinde. Sie wurde von der Zuhörerlichkeit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Vor dem Ministerpräsidenten begrüßte der Reußländer Stadtschulrat Dr. Buchenau die Festgäste im Auftrage des Magistrats. Ein Werk der Bildung, führte er aus, ist hier gefragt. An ihm sollen alle Kreise der Bevölkerung teilnehmen. Es ist gegründet auf Freiheit und Gemeinschaft. Hoffnungsvoll flühen wir heute den Samen aus. Unser Werk gilt der Selbstziehung und der Erziehung anderer. Der Weg muß ausgehen von Neuem, muß weiter führen zum Nützlichen, zum Guten, unsere Volkshochschule wird nicht nur eine Vortragseinrichtung, sondern eine Arbeitsgemeinschaft sein. Sie wird in enger Fühlung stehen mit den Hörrern, die durch ihre Organisation ein Mitbestimmungsrecht bei der Ausgestaltung der Schule haben werden. Möge diese Arbeitshütte vom Geiste edelster Humanität getragen sein. Ich erkläre die Volkshochschule für eröffnet.

Ausfluvorträge umrahmten die würdig verlaufene Feier.

Keine Besetzung der Siemensstadt.

Von der Firma Siemens u. Halske wird uns geschrieben: Die „Freiheit“ behauptet, Siemensstadt sei mit Truppen besetzt, und durch diese völlig unnötige Besetzung seien die Kinder am Schulbesuch verhindert, da die Schulen mit Truppen besetzt seien. Die Wahrheit ist, daß in Siemensstadt Truppen weder gelegen haben noch liegen, daß also auch die Schule — es gibt dort nur eine — nicht von ihnen besetzt sein kann. Belegt ist zurzeit lediglich die außerhalb des Schulgebäudes liegende Turnhalle, und zwar mit Beamten der Sicherheitspolizei, deren Anwesenheit allerdings im Interesse der Ordnung und des Verkehrs sehr notwendig ist.

Vollversammlung

der Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte, Betriebsvertrauensleute und der Funktionäre der S. P. D. und D. P. D. Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses, Alexanderstr. 41, Vollerammlung.

Tagesordnung:

- 1. „Die praktische Ausgestaltung des Rätegebändens“. Referenten: Kalliski und Dr. Sindheimer.

- 2. Diskussion.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Der Volksgenoss der Arbeiterräte Groß-Berlins.

Brodat. Fischer.

Der Vorstand der Bezirksorganisation Groß-Berlin.

Heute findet die juristische Sprechstunde von 3-5 Uhr statt.

zogen worden. Ich fasse mich wieder: Nein, sie verdienen dieses Schicksal nicht. Aber wir, die wir sprechen sollten: „Ja verlange!“ Wir sagen nur winselnd: „Ich möchte gerne!“ Was man ernsthaft verlangt, das soll man auch aufbauen wollen mit Ernsthaftigkeit, mit Ordnungssinn, mit Ueberlegung! Ist man erst bis zu diesem Anfang des Entschlusses gelangt, dann muß man auch standhaft mit dem Anfang beginnen. Man darf nicht nur die Augen öffnen, man muß auch die Arme öffnen, man muß auch die Schwinger öffnen!

Da liegt nun dieses Haus, das dem Kriegsmuseum dient. Es ist in Holz gebaut, und gerade neben einem Holzstoß, und niemand ist mehr darinnen.

Da denke ich: „Das Haus abbrennen, es zerstören —“

Dieses Flammengelächte der wogenden Nacht ins Antlitz hineinschleudern! Da hat sie sich eingeschauelt in den Dämmerdunst. Nun ist ihr Gewoge eingeschluckt worden in den Schlund der Stadt. Nun schiebt sie sich in die Finsternis und in die Heimlichkeit der Menschenhaulungen, um dorten noch tiefere Vergessenheit und Unternüchtheit auszubringen, noch mehr Uebel, noch mehr Menschenunglück. Nun will die Nacht Geschlechter erschaffen, die voller Unkrast sind und schon dem Tode bestimmt, da sie erst kaum noch zwanzig Jahre zählen!

Die Luft, dieses Feuer zu entzünden, preißt meinen Körper auf. Dann weiche ich doch zurück, und ich gehe heimwärts, wie die übrigen auch.

Wir ist, ich hätte eine schlimme Tat begangen, da ich diese Tat nicht beging.

Und doch werden mir vielleicht, ja, auch mir, die künftigen Menschen danken, wenn sie sich aus ihren Fesseln zur Freiheit durchringen. Sie brauchen nur die Zeit abzuwägen, die mich überflutet hat, sie brauchen nur mit Heiligkeit und mit jener Darmberzigkeit, die unserer Zeit gebührt, den Blick auf mich zu richten.

Ich bitte um Vergebung jene alle, die mich nicht sehen werden und die mich nicht kennen werden. Wir ist in diesem Augenblick, als sähe ich sie doch, und ich bin entschlossen in diesem Augenblicke, die Hoffnung nicht fahren zu lassen.

(Fortf. folgt.)

Mitteilungen über die Metallverarbeitung. Zu dieser Meldung teilt uns der Inhaber der Firma Grün mit, daß seine Firma Metall weder verlohren, noch zurückgeholt hat; auch ist keiner ihrer Inhaber verhaftet worden.

Ein Soldatenbegräbnis, das wieder recht verstimmend wirkte, wird uns von dem Garnisonsekretär an der Müllerstraße gemeldet. Dem Vater des noch fast einjähriger Lazarettkranke verstorbenen Soldaten sagte der Oberinspektor des Lazaretts Tegel zu, daß die Träger von der Reichswehr gestellt würden, was wohl auch selbstverständlich war. Bei dem Begräbnis aber war die Trauergefolge vergebens auf das Erscheinen der Reichswehrmannschaften, so daß schließlich Privatpersonen den Sarg zur Gruft tragen mußten. Dem Vater, der diese Vernachlässigung als kränkelnd empfand, erzählte der Geistliche, daß solche Fälle öfter vorgekommen seien.

Der Verein der Privatfuhrleute teilt uns mit, daß die Privatfuhrleute in ihrem Erwerb von der Polizei ungemein gehindert werden. Wiederholt hatte der Verein zur Verbesserung dieser Lage den Polizeipräsidenten um Hilfe gebeten. Ebenfalls hatte der Verein um eine Droschkennummer beim Verkehrsamt nachgesucht, sei jedoch mit dem Vermerk abgewiesen worden, neue Nummern gebe es nicht mehr. Warum giebt das Verkehrsamt die Nummern, bis bei den größeren Fuhrunternehmern offen sind, nicht ein? Dieselben hätten verteilt werden können, dann hätten Hunderte wieder eine neue Erwerbsmöglichkeit. Es wird aber mit diesen Nummern Wucher getrieben, sie werden in den Tageszeitungen mit 1000-1200 M. angeboten. Welcher kleine Fuhrmann kann sich solchen Luxus leisten? Da doch der Autobetrieb wegen Mangel an Benzin eingeschränkt werden soll, so werden doch die Privatfuhrleute erst recht gebraucht. Die Taximeter reichen bei weitem nicht aus. Jeder unserer Vereinsmitglieder trägt eine weiße Armbinde mit laufender Mitgliedsnummer, sowie Vereinsstempel versehen. Einige Beschwerden des Publikums sind an den 1. Vorsitzenden Karl Eißländer, Reußstr. 58, zu richten. Jedoch muß die Mitgliedsnummer des Fuhrwerkes angeführt sein, der Verein will strenge Maßnahmen gegen venizente Autosher treffen. Der Verein stellt dem Publikum die Wagen zu soliden Preisen zur Verfügung.

Das Bureau des Demobilisierungsausschusses Groß-Berlin befindet sich jetzt Rolkensmarkt 9/10, 3 Treppen. Fernsprechanstöße: Amt Bagdad Nr. 600 und Zentrum 1318. Für das ankunftsgehende Publikum ist das Bureau nur von 9-1 Uhr geöffnet.

Stellungnahme im Märkischen Museum. Der Tagblatt Berlin veranstaltet vom Sonntag, den 12. bis Sonntag, den 19. Oktober im Vortragsaal des Märkischen Museums eine Ausstellung der wichtigsten Herbstjagd. Die Ausstellung ist von 10-5 Uhr bei freiem Eintritt geöffnet.

### Groß-Berliner Lebensmittel.

**Berlin.** Kinder und Jugendliche bis zum 17. Lebensjahre erhalten eine Sonderzuweisung von 125 Gramm Reis (51 Pf.), 125 Gramm Weizenmehl (12 Pf.), 125 Gramm Haferflocken. Die Ausgabe der geringsten Waren erfolgt für die Jugendlichen vom 6. bis zum 17. Lebensjahre auf die Abnahme 39, 40 und 41 der Jugendlichen-Karten. Für die Kinder bis zum 6. Lebensjahre werden durch die Volkskommissionen auf Antrag vom 10. bis 17. Oktober Sonder-Jugendliche-Karten auszugeben, die nur die Abnahme 39, 40 und 41 enthalten. Die Anmeldebüchlein sind vom Freitag, den 10. bis Sonnabend, den 18. Oktober, bei den Kleinbäckern abzugeben. — Auf Abchnitt 68 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 250 Gramm Karmelade (65 Pf.). Anmeldung von heute bis Montag, den 12. Oktober.  
**Marienberf-Büchlein.** An Stelle des künftigen Meßes 250 Gramm ausländisches Weizenmehl, 1/2 Pfd. amerikanisches Weizenmehl (42 Pf.) oder inländisches (16 Pf.), für Kriegsbeschädigte 200 Gramm Haferflocken.  
**Wittenau.** 200 Gramm Reis (82), 250 Gramm Weizenmehl (88), 150 Gramm Hülsenfrüchte (84). Auf Abchnitt 43 und 44 200 Gramm Haferflocken und 250 Gramm Sago.  
**Hermesdorf.** 15. bis 18. Oktober 250 Gramm ausländische Hülsenfrüchte (69), 250 Gramm inländische Karmelade (71), 500 Gramm Teigwaren (78 und 79).

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Niederbarnim-Land. — Bezirkskonferenzen.**  
**Sonnabend:**  
Bezirk 3, 8 Uhr in Buch l. d. W. bei Weg Viktoriastr. 6.  
Bezirk 5, 6 Uhr in Fiedersdorf im Lokal von Conostan, Schwarzer Weg.  
**Sonntag:**  
Bezirk 1, vormittags 10 Uhr in Waldmannslust bei Demrich, am Bahnhof.  
Bezirk 2, nachmittags 1 Uhr in Hasdorf, bei Schulz, am Bahnhof.  
Bezirk 4, vormittags 9 Uhr in Dumberg bei Gerson.  
Bezirk 6, vormittags 10 Uhr in Felner, „Zur Post“, Berliner Straße 4.  
**24. Okt. Sonntag, früh 8 Uhr, Vortragsaktion.** Treffpunkt Vortragsaktion, Immanuelstr. 24.  
**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlin.** Morgen 8 Uhr Sitzung im Jugendheim, Lindenstraße 3. 1. Mitteilung über die Reichshandlungsleiter (Gen. Heinrich Schulz). 2. Was fordern wir sozialdemokratischen Lehrer von der künftigen Schule? (Gen. Studententrad, Mittel d. Landesber.)  
**Richtenberg.** Der von der sozialistischen Bildungsschule Groß-Berlin veranstaltete Bildungskursus für den Unterrichtsbereich Lichtberg beginnt Montag, den 14. Oktober, nämlich 6 Uhr abends, in der Aula des Köpenicker Gymnasiums, Köpenickerstraße. Schulgeld für 8 Abende 4.— M. Schüleraufnahme am ersten Unterrichtabend. Thema: Exkursprogramm. Die von der Partei veranstalteten Märchenabende beginnen Mittwoch, den 13. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Besetzungsaal der Schulen

Reichshandlung, Eingang Köpenickerstraße, und der Schule Parkstraße 1011. Die Märchenabende finden regelmäßig den ganzen Winter hindurch statt. Eintritt frei. Wir erlauben unsere Parteimitglieder, ihre Kinder zum regelmäßigen Besuch dieser Veranstaltungen anzuhängen.

### Jugendveranstaltungen.

**Zentral-Jugendheim.** Lindenstr. 3: Diskussionsabend.  
**Wedding.** Lokal Sachse, Lindener Str. 25: Brettspielabend.  
**Moabit.** Lokal Schmidt, Bielefeldstr. 17: Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.  
**Aden-Talwehen.** Jugendheim, Gemeindefschule, Bümlerstraße 10: Vortrag: „Schuldliteratur und Kino“.  
**Ostern.** Jugendheim, 250.256. Gemeindefschule, Heerenbergstraße: Vortrag: „Entwicklung des Lebens“.  
**Brenzlauer-Schönhauser Vorstadt, Nordost.** Sonntag, nachm. 5 Uhr, Landeslandeskasse, Neue Friedrichstr. 35: Herbstfeier. Gesang, Rezitationen, Theateraufführung, anschließend Tanz. Einlasskarte 75 Pf.  
**Charlottenburg.** Jugendheim, Goldhaus, Köpenickerstr. 4: Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung.  
**Neukölln.** Stadt Jugendheim, Roggenstr. 53. Heute 7 Uhr, Vortrag: Die Entstehung des Weltalls.  
**Treptow-Köpenickerweg.** Jugendheim, Eisenstr. 8 (Ringbahnhof Treptow): Vortrag: „Kunst und Arbeiterjugend“.  
**Wedding.** Jugendheim, Borsigpromenade 1: Vortrag: „Der Wert der Bildung“.  
**Königsberg.** Sonnabend, abends 7 Uhr, Restaurant „Vergangen“, Frankfurter Straße: Herbstfeier, anschließend Tanz. Einlasskarte a 75 Pf. Sämtliche Veranstaltungen beginnen abends 7 Uhr. Die Parteigenossen werden gebeten, ihre schulenklassen Söhne und Töchter auf diese Veranstaltungen hinzuzuführen!

### Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Vorträge.** Vorträge der Gesellschaft für Jugendwissenschaften. Am Freitag, 8 Uhr, im Kaiser-Friedrich-Haus, Lindenplatz 2-4. Der Dr. Max Hirsch einen Vortrag: „Zur Biologie und Soziologie des Frauenstudiums“. Ergebnisse einer Erhebung. Mit Projektion von Tafeln und Karten. — Dr. Bernhard Ulrich beginnt seine Vortragsreisen mit sprachlichen Erläuterungen über das Lied der Gegenwart (8 Uhr abends) und über die moderne italienische Oper (8 Uhr abends) am 10. Oktober im französischen Gymnasium, Reichstagstraße 8. — Freiwilligste Gemeinde. Sonntag, vorm. 11 Uhr, in der Klosterstraße, Klosterstr. 40a. Vortrag der Frau R. Krtisch: Die Gutschulze. — Harmonium: Biogenes (Schubert). Gäste willkommen.

### Sportnachrichten.

**Touristenverein „Die Naturfreunde“** (neutrale Gruppe). Sonntag Radrund durch das Berlinder- und Baumuseum. Treffpunkt 9,10 Uhr am Potsdamer Platz. — Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“. Sonntag früh 7 Uhr Streifzüge durch die Gärten der Höhe. Nachmittags 2 Uhr Fehlboden, Kiel, Parkstr. 12. Start Mariannenplatz.

# Nur noch Freitag und Sonnabend

verkaufe ich

Velourhüte . . . . . von M. 45, 55, 65, 85  
Filzhüte . . . . . von M. 19, 24, 29, 39

Samthüte aus nur echtem Samt 62, 72, 85, 95  
Zylinderhüte . . . von M. 65, 85, 95, 110

## Modellhaus

Auguste Münzer W 8, Markgrafenstr. 28, 2. Haus von der Leipziger Str. Geschäftszeit von 9 bis 6 Uhr.

Da in absehbarer Zeit durch die allgemeinen großen Preissteigerungen nur mit bedeutenden Preis-Erhöhungen zu rechnen ist, empfiehlt es sich, diese Gelegenheit zum so außerordentlich günstigen Einkauf wahrzunehmen.

### Stoffe

in- und ausländische für Herren u. Damen zu sehr billigen Preisen.  
**Große Auswahl**  
**F. Fabian**  
Große Frankfurter Straße 37, II.

### Nordhäuser

Kautabak & Roll, u. Stang.  
**Zigarren** in allen Preislagen.  
**1a Schweizer Stimpfen.**  
Uebersee-Rauelintabak.  
**Gold-Flake**  
Fairfax, Navy-Cut laufend jedes Quantum preiswert abzugeben.  
**Zigarren-Kassens**  
Gehr. Schauer, Friedrichstr. 243 (Hall-Tor) Alexanderstr. 9 (N. Pol.-Pr.)

### Möbel-Fabrik Rob. Seelisch

BERLIN O 112, Rigauer Str. 71-73a  
3 Minuten von Bahnhof Frankfurter Allee, empfiehlt gute preiswerte Möbel, Einrichtungen in jeder Preislage. Ganz besonders große Auswahl in **Schlaf-, Speise-, Wohn-, Herrenzimmern** jedem Geschmack entsprechend.  
154 Musterkamo, Lageraum. 6994/11 gr.  
Verwand nach allen Plätzen Deutschlands. Besichtigung lohnend, ohne Kaufzwang. Wochentags von 9-7 Uhr geöffnet.

### Bruit- und Lungenkranke

mit Husten, Auswurf, Katarrh, Asthma, Grippe usw. werden spezialärztlich behandelt in  
**Dr. med. Jaenicke's & Co. Inhalationsinstitut,**  
12täglich 10-1 u. 3-6 Uhr,  
Berlin W, Probenstr. 18, am Bahnhof Bülowstraße  
Prospekt u. Broschüre m. Anerkennungen gratis

### Sanz-Institut Hildegard Rogner

Charlottenburg — Café Adhazia — am Knie.  
Reine neuen Unterrichtskurse für Anfänger beginnen am Freitag, 10., und Sonntag, 12. Oktober. Anmeldungen vorher erbeten. 180/4a

### Nebenverdienst!

Ohne Störung des Berufes  
kann jeder Mann und jede Frau auf ihrem heimlichen heimlichen Nebenverdienst von 40-60 Mark und mehr verdienen. Zu erfragen bei G. Th. Jaeger, Friedrichstr. 67 II, von 5-7 nachm.

### Yakimlin'sches

Auf wissenschaftl. Grundlage angelegte Zahnklinik  
Wohlfühl. Vermeidung durch Abstrich der Zahnkaries.  
3,90 17,00 30 M.  
Goldkronen 10 M., Brücken, Zähnersatz ohne Gutamollate.  
Unbegrenzt haltbar und farbecht.  
Zahnziehen in Einspritzung fast vollkommen schmerzlos.  
**Zahnarzt Wolf,** Potsdamer Strasse 55, Sprechz. 9-7. Tel.: Kurf. 9764

### Spezial-Behandlung

Harn- u. Blutuntersuchung, Licht- u. Finsen-Behandlung, Strahlungen, Höhensonne, Viarzelin, Elektr. u. med. Güder.  
Ärztliche nahe Alexanderplatz  
**Hellanstalt Löser, Münzstr. 9** — 1, 4-8, Sonntag 9-11

### Bereinigung Gr.-Berliner

Kraftfahrerschulen  
**hildesheim-Kraftwagenführer aus.**  
Räheres durch b. Beschäftigte:  
Berlin, Charlottenstr. 88.  
Fernruf: Westplatz 1256.

### Isolierten Kupferdraht,

Litzen und Wachsdraht,  
kauft höchstzahlend  
Ingenieurbüro Schlichting  
Berlin W 9, Linienstraße 10.  
Tel.: Lützow 3765 und 8915.

### Platin

Gramm bis  
**70 Mark**  
kauft Metallkäufer, Witz  
Schulstr. 138.  
Fernspr. 1 Westplatz 1285A.

### Prismenglas

(Blauetes), Zell od. Goerz,  
zu kaufen gesucht.  
Offerten erbeten unter  
O. 37 an die Hauptpost,  
dieses Blattes.

### Nordhaus. Kautabak

aber nur den wirklich echten,  
Lompe echten baltischen Kautabak,  
alles fälsche, falsche Ware,  
wieder frisch eingetroffen. 1115  
Tabakgeschäft Berlin O 112,  
Kronprinzstr. 3 (Nähe Ring-  
bahnhof Frankfurter Allee.)

### Gediegenes Piano

finde nur aus Erprobung in  
tönen. Größte Erziehung u.  
Preis. Mannheim, Charlotten-  
burg, Sonntag, 10. Westplatz 1256.

### Spezialarzt Dr. Hasché

Sprechstunden 10-1, 3-8, Sonntag 10-1,  
am Bahnhof — Teilzahlung —  
Friedrichstraße 90 Friedrichstraße.  
**Spezial-Behandlung Kuhn** PFA 111  
Andreasstr. 75, I Ecke Breslauer Str., Licht am Schloß. Ost.  
Sprechz. 10-12, 3-7, Sonntag geschloß sen  
Harn- und Blutuntersuchungen.

### Spezialarzt Dr. med. Coleman

Sprechstunden 9-1, 3-8, Sonntag 9-1,  
Friedrichstraße 91/92 Ecke Dorosthen-  
straße. Teilzahlung  
gratis.

### Max Ziegenhals

**Rauch-, Kau- und Schnupftabake**  
Zigarren, Zigaretten en gros.  
wohnt: Berlin C., Poststraße 12  
jetzt: Fernsprecher: Zentrum 4700 und 2977.

### Zu den bedeutend

erhöhten Preisen  
kaufe jede Menge: Platin! Gold! Silber! Münzen!  
salpeters. Silber! Quecksilber! Stanniolpapier!  
Brotzucker! Messing! Aluminium!  
**Kupfer!** Nickel! Zinn! Lötzinne! Zink!  
Blei! Flusssäure! Glycerin! Salzsäure!  
**!! Zahngelbte !!**  
Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei,  
Weberstr. 31 (Alexander 4243). 790D

### Ich bin zurück.

**Dr. med. Wockenfuß,**  
Friedrichstr. 125  
Spr. 10-1, 3-8, Sonntag 10-1.  
Erfolgreiche Behandlung.  
**Harnidosen.**

### Spezialarzt

**Dr. med. Lommer**  
Harn- und Blutuntersuchung  
Behandlung schnell u. sicher ohne  
Berufsstörung. Teilzahlung.  
**Brunnenstr. 105** (nahe Rosen-  
thaler Platz).  
Sprechz. 9-1 u. 4-8, Sonntag 9-12.

### Spezialarzt

**Dr. med. Koeben**  
Erprobte und schmerz-  
lose Behandlung —  
in Dr. Homeyer & Co.  
konz. Labor. I. Diutanten-  
regentib.  
Friedrichstr. 81, Panoptik-  
Königsstr. 58/57, Rathaus.  
Spr. 10-1 u. 3-8, Sonntag 10-1.  
Separates Damenzimmer

### Vertrauensvolle

Gastankort vornehmenden Herren.  
Erlaubte Bekanntheit  
Siehe: Berlin, Westl. Kautabak-  
Geschäft, Ecke Köpenickerstr.

### Spezialarzt

Sandstr. Dr. Müller,  
Friedrichstraße 180 II,  
Eingang Kreuzstraße,  
Spr. 11-1, 3-8, Sonntag 11-1.  
Erfolgreiche Behandlung,  
Harn- und Blutuntersuchung.

### Dr. med. Laaks

Spezialarzt.  
Erfolgreiche Behandlung.  
**Königsstr. 34/36**  
Alexanderplatz.  
10-1, 3-8, Sonntag 10-1.

### Wie ein Wunder

besitzt  
**San-Rat Haussalbe**  
jed. Hautausschlag, Flecht,  
Juckreiz, bei. Keimchen,  
Krankheiten der Frauen  
u. dergl. in Originaldosem  
4,50 7,50 erhältlich in der  
„Erlaubte Apotheke“  
Berlin 218, Leipziger  
Straße 74 (a. Dönhofspl.)

### Platina

Gramm bis 65 M.  
Gold, Silber, alte Gebisse,  
bis 1000 M., Zahlungsbüro  
bis 45 M., Münzen nach  
**Hausdorff,**  
Rathenburgerstr. 11, u. II.

### Raucherank!

ges. gesch. ermöglicht in  
einige Tag das Rauchen  
ganz od. teilw. zu unter-  
lassen. Anst. begut-  
achtet. Wirkung ver-  
sichert. Vollständ. un-  
schäd. 100% Amerikan. Anst.  
una. Leucht. Rauchbrötch  
München R. & Kappelerstr. 7.

### Elektro-Motore

Rauchbrötch und ander  
elektrische Apparate baut  
Elektromechanik Zentrum  
Königsstr. 14, II. Tel.: 417 1751

### Seeligs Möbelhaus

nur Wasser Straße 8  
Spezialisten im Möbel-Ge-  
bäude. Ständige Gelegen-  
heitskäufe in neuen und ge-  
brauchten Wohnungs-Ge-  
richtungen, von 2. Hand bis zu den vornehmsten.  
**Herren-, Speise-  
und Schlafzimmer**  
besondere preiswerte. Bitte  
Rufen von 10-12, 3-8, an  
Spezialist:  
**Wiedersprüche, Ver-  
tiefungs, Vertiefen,**  
samtend billig,  
Verkaufzeit von 9-7 Uhr.  
Der wertvolle Weg  
macht sich bezahlt.

### Wunderbar

er wirkt hat bei  
mir ihr Berühmtes  
„Parasol“. Es ist von allen  
Mitteln das beste, was ich  
zeit vier Jahren angewendet  
habe. Bestrahlungen und  
alles andere haben nicht so  
ganzlich, wie ihr berühmtes  
Spezialmittel. Bitte senden  
Sie mir noch eine Flasche.  
B. H. in Ch. — Derartige  
Anerkennungen wiederholt.  
Mark 933. Otto Reichel,  
Berlin 43 SO, Eisenbahnstr. 4.  
Die Werte, Kautabak, Mün-  
zen 4,50 M., Zigarren billig.  
Sonder, Neue Königsstr. 83.

### Ankauf

von  
**Juwelen**  
Perlen, Smaragd usw.  
**Margraf & Co.**  
G. m. b. H.  
Königsstr. 9.

### Ankauf

wertvoller  
**Antiquitäten**  
ALTKUNST  
G. m. b. H.  
Wilmersstr. 40 A.  
Zentr. 5495.

### !!! Geld !!!

für jede Verjähre. Höchst-  
ausbeute für Pfandbriefe,  
Reisen, Geldgegenstände,  
Spenden, Bücher usw. Wolff,  
Friedrichstr. 41 III, über Roditz.  
**Starterlein, Spelant,**  
Erlaubt jedes Quantum.  
Kurf. Berlin, Köpenickerstr. 70.  
10/18 Tel.: 417 1100.

## Kohlenkatastrophe und Proteststreik.

In der bayerischen Rheinpfalz ruht seit Montag die Stromlieferung. Zahlreiche Industriewerke sind geschlossen. Die französischen Herren werden erjucht, Kohlen herbeizuführen.

Nach der „Pfälzischen Presse“ haben die Arbeiter sämtlicher Betriebe in Kaiserslautern die Arbeit niedergelegt. Grund ist, daß die Arbeiterführer, die kürzlich auf dem Bezirksamt wegen Verbesserung der Lebensmittelversorgung vorstellig wurden, verhaftet worden sind. Eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten begaben sich vor das Stadthaus, so daß jeder normale Verkehr unmöglich wurde. Wie die Zeitung weiter hört, haben sich auch Arbeiter der Hauptwerkstätte der Betriebsinspektion der Bewegung angeschlossen und sich an der Demonstration beteiligt.

## Die Schmuggelsteuere.

Eine amtliche Mitteilung besagt:

Im Bezirk der Eisenbahndirektion Elberfeld sind längere Zeit hindurch von Privatfirmen und Einzelpersonen Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände ohne die erforderliche Einfuhrgenehmigung aus dem besetzten Gebiet in das unbesetzte Gebiet in großem Umfange verschoben worden. Es sollen an den Verschiebungen auch eine Anzahl Eisenbahnbedienstete beteiligt gewesen sein, die der Verführung durch hohe Geldbeträge unterlegen sind und ganze Wagenladungen von ihrem Beförderungsweg abgelenkt und falschen Empfängern zugeführt, sowie eine Kontrolle der eingehenden Sendungen durch Fälschung von Frachtbriefen und Verschleierung in der Durchführung unmöglich gemacht haben sollen. Mit dem Bekanntwerden der ersten Lieferungen hat die E.-D. Elberfeld im Benehmen mit den großen Eisenbahnarbeiterverbänden zur völligen unparteiischen Klärung des Sachverhalts einen Untersuchungsausschuß von sieben Eisenbahnbeamten und -arbeitern eingesetzt, der weiteren umfangreichen Schiebungen auf die Spur gekommen zu sein scheint. Die gerichtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit ist seit längerem bei den Elberfelder Landgerichten anhängig, wegen des großen Umfanges des zu verarbeitenden Materials aber ebenso wie die Tätigkeit des Eisenbahnuntersuchungsausschusses zurzeit noch nicht abgeschlossen. Mit Rücksicht auf das schwebende Gerichtsverfahren können deshalb zurzeit nähere Mitteilungen noch nicht gemacht werden, jedoch erklärt die Staatsregierung schon jetzt, daß sie die Untersuchung mit allen Mitteln beschleunigen und die Schuldigen ohne Ansehen der Person mit der vollen Schärfe des Gesetzes bestrafen wird. Zurzeit weiß in Elberfeld eine von der Reichs- und Staatsregierung gefandte Untersuchungskommission, um die reiflose und beschleunigte Klärung der Angelegenheit sicherzustellen.

Ueber das westliche Westfalen ist wegen der Getreide- und Viehverfrachtungen nach Holland der verschärfte Verlagerungszustand verhängt worden. Die Lumpen sollen vor außerordentlichen Kriegsgerichten kommen. In Nordschleswig treiben sie es genau so. Wie wäre es, solchen Verrätern die Staatsangehörigkeit abzuziehen?

## Die Bauarbeiter-Internationale.

Auf der internationalen Bauarbeiterkonferenz in Amsterdam kam es infolge der Frage der Verlegung des Sekretariats von Deutschland nach einem anderen Lande zu Auseinandersetzungen zwischen den deutschen Delegierten und den Delegierten Frankreichs und Belgiens. Vorsitzender Paeploin erklärte, die von den französischen Delegierten gedrohte Drohung des Austritts dürfe keinen Einfluß auf die Abstimmung haben. Der Sitz des Sekretariats habe nichts mit dem Wiederaufbau Nordfrankreichs zu tun. Der Abgeordnete Danemars tritt dafür ein, daß der Sitz des Sekretariats in Deutschland bleibe. Der Antrag, das Sekretariat nach Holland zu verlegen, wurde abgelehnt. Die französischen Delegierten erklärten, daß sie unter diesen Umständen an der Zusammenkunft des Bureaus nicht mitarbeiten könnten. Zum Vorsitzenden des Bureaus wurde Paeploin zum Sekretär Koeppler und zum Kassierer Rober (alle drei Deutsche) gewählt.

## Der italienische Sozialistenkongress.

Der Redakteur des Pariser „Populaire“ Faure bedauerte die auf dem Parteitag scharf kritisierte Haltung der französischen Sozialisten in der Durchführung des Generalstreiks am 21. Juli. Abhandlung erfolgte die Abstimmung. Ein Antrag der Maximalisten unter Serrati bringt zum Ausdruck, daß das italienische Proletariat alle Mittel zum Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung benützen müsse. Es müsse auch zur Gewalt greifen, um sich gegen das aggressive Bürgerium zu verteidigen. Andererseits sollten sich die Parteien an den Wahlen zur Auffüllung des Proletariats über die kommunistischen Grundzüge beteiligen. Ein Antrag Bazzari, der von der Kammerfraktion unterstützt wird, bezieht auf dem Programm von 1892, das aber durch die Forderung auf Schaffung von Arbeitererräten erweitert werden soll. Die kommunistische Gruppe unter Bordigha will Abschaffung des eigenen Parteiprogramms, Ausschluß der Reformisten, Namensänderung in „Kommunistische Partei Italiens“, Festlegung des Aktionsprogramms für die Sowjetrepublik und Wahlenhaltung. Alle drei Tagesordnungen fordern den Eintritt in die dritte Internationale. Das Abstimmungsergebnis ist folgendes: Serrati erhielt 48411, Bazzari 14480, Bordigha 8417 Stimmen. — Die große Mehrheit des Parteitags ist also linksradikal. Aber so war es auch in der Schweiz und als die Parteimitglieder abstimmten, waren die radikalen Kräfte im Vordergrund.

## Labourparty für Solidarität.

(Drahtbericht unseres Kopenhagener Korrespondenten.)

Die dänische sozialdemokratische Partei erhielt aus Anlaß des Parteikongresses einen Brief von der englischen Arbeiterpartei (Labourparty) worin es heißt: Nachdem wir durch die Zukunft der internationalen Kontrolle begonnen haben, die die Arbeiterklassen aller Länder vereinigen und fester zu knüpfen, fühlen wir, daß keine Gelegenheit verflümmelt werden darf, unseren Glauben an die Einheit und Solidarität der internationalen Arbeiterbewegung zu betonen. Darum bringt die britische Arbeiterpartei diesem Kongress brüderliche Grüße dar. Mit dem größten Interesse verfolgen wir den wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Dänemark. Andere Länder können von Dänemark in bezug auf die sozialen Organisationen zunächst lernen, und ihre Erfolge in der Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Organisationsarbeit können als die gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Grundzüge der internationalen Arbeiterbewegung gelten. Mit sozialistischem Gruß.

Arthur Henderson.

# Die Metallarbeiter zu Verhandlungen bereit.

Nachdem wiederholte Versuche, durch neue Verhandlungen den Berliner Metallarbeiterstreik zu einem beide Teile einigermaßen befriedigenden Abschluß zu bringen, sich zerschlagen haben, besteht neuerdings Hoffnung, daß es doch noch gelingt, die streitenden Parteien an den Verhandlungstisch zu bringen. Der von uns wiedergegebene Verhandlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers Genossen Schlicke stand gestern, Donnerstag, in einer Sitzung der durch den Eintritt von Mitgliedern der Berliner Gewerkschaftskommission verstärkten Streikleitung zur Debatte. Auf die Anfrage Schlickes wurde folgende Antwort beschlossen:

Herrn Reichsarbeitsminister Schlicke,  
Berlin NW., Luisenstr. 32/34.

Auf Ihr werdes Schreiben vom 8. d. M. und den darin enthaltenen, von Ihnen gemachten Vorschlag haben, nachdem die Generalarberversammlung der Hünshernerkommission, dem Metallarbeiter und der Gewerkschaftskommission Berlins u. Umg. die Verantwortung überlassen hat, diese Körperschaften dazu Stellung genommen und geben nach reiflicher Prüfung folgende Antwort: Wir sind bereit, in Verhandlungen einzutreten und ersuchen, falls die Geneigtheit der Unternehmer dazu vorhanden ist, uns den Termin dieser Verhandlung bekannt zu geben.

Die Hünshernerkommission,

Die Gewerkschaftskommission Berlins u. Umg.

Bei den Unternehmern in der Metallindustrie liegt es jetzt, durch gleiche Bereitwilligkeit mit dafür zu sorgen, daß der das gesamte Wirtschaftsleben Berlins und des Reiches schwer schädigende Zustand durch gemeinsame Verhandlungen auf der vom Genossen Schlicke vorgeschlagenen Basis beigelegt wird.

## Eintritt der Gewerkschaftskommission in die Streikleitung.

Wie bereits oben mitgeteilt, ist der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission in die Streikleitung eingetreten. Der Beschluß wurde in einer Sitzung der Kommission am Mittwochabend gefaßt. Die Gewerkschaftskommission beschloß nach eingehender Stellungnahme zum Metallarbeiterstreik folgende Resolution:

Die Gewerkschaftskommission Berlins u. Umg. nimmt Stellung zum Streik der Berliner Metallarbeiter und erklärt nach sorgfältiger Prüfung der Streiklage, daß der den Metallarbeitern von einem übermächtigen Unternehmertum aufzuzuziehene Widerstreik von allen Gewerkschaften unterstützt werden muß. Sie ruft alle Gewerkschaften auf, sofort zum Streik der Metallarbeiter Stellung zu nehmen und gegebenen Falles den Metallarbeitern mit allen Mitteln zur Seite zu stehen.

Sie erblickt in dem Verhalten der Unternehmer den Versuch, die Arbeiterklasse wirtschaftlich zugrunde zu richten und ihre Organisationen zu zerschlagen. Das wird und muß verhindert werden.

Die Gewerkschaftskommission erhebt auch den schärfsten Protest gegen die Maßnahmen des Oberkommandos, die zur Verhinderung von Gewerkschaftsversammlungen getroffen worden sind. Sie erblickt darin eine einseitige Parteinahme zugunsten der Unternehmer, die geeignet ist, neuen Zündstoff in die erregte Arbeiterklasse zu tragen. Sie erwartet von der Regierung die Gewährung der vollen Versammlungsfreiheit für alle Gewerkschaften und weiter die Zurückziehung aller Truppen der Reichswehr aus den besetzten Betrieben.

Die Gewerkschaftskommission beauftragt den Ausschuß der Gewerkschaftskommission, an den Sitzungen der Hünshernerkommission teilzunehmen und ermächtigt diese weitere Streikleitung zur Vorbereitung aller erforderlichen Maßnahmen, bez. weiteren werden alle Gewerkschaften verpflichtet, sofort Funktionärsversammlungen einzuberufen, in denen

## Unser Eisenbahnelend.

In der Donnerstagssitzung der Preussischen Landesversammlung führte

Minister Deser:

aus: Eine Besserung der Finanzverhältnisse ist leider noch nicht eingetreten. Gegenüber dem Vorschlag von 1919 werden wir noch einen Minderetrag von 634 Millionen haben. (Beifolles Hört!) Trotzdem das wirtschaftliche Leben des Landes anfangs wieder zu pulseren, die Arbeiterklasse williger ist und auch die Leistungen steigen, können wir nicht den Verlehen haben, sondern sind gezwungen, ihn zu droffeln. Das gilt nicht nur für den Personen-, sondern auch für den Güterverkehr. Gestern mußte ich verfügen, daß für den gewöhnlichen Verkehr nur noch die Hälfte der Güterwagen gestellt werden kann; alles andere wird für Kohlen und Lebensmittel gebraucht. Um den mittleren Begritten den Uebergang in die höhere Beamtenklasse zu erleichtern, werden wir gehobenerer militärischer Beamtenstellen schaffen. Zur Erledigung der Vorarbeiten für den Uebergang der Eisenbahnen an das Reich sind ein Finanzauschuß, der die Abrechnungsfrage lösen soll, und ein Ueberleitungsausschuß tätig. Vor dem 1. April 1921 wird die Uebernahme aber nicht möglich sein.

Die Eisenbahndirektion

machten im laufenden Jahre eine Entschädigung von 160 Millionen Mark erforderlich. Hier werde ich mit allen Mitteln durchgreifen. (Beifolles Zustimmung.) Wer sich an Ihr anvertrautes Gut vergraben hat, muß auch der Verwaltung entfernt werden. In Elberfeld, wo das Schienenwegen besonders großen Umfang angenommen hat, ist zu seiner Bekämpfung ein Ausschuß gebildet worden, der mit größter Eifer durchgreifen soll. (Beifolles Beifall.) Des Abg. Brunner Angriff auf Weitenbach sind unbedeutend; auch im Gegener muß man den Menschen sehen. (Beifolles Beifall.) Die Gesamtziehung der Privatindustrie zu Ausbesserungen ist schwierig, weil sich jeder Betrieb auf die erforderlichen Arbeiten erst einstellen muß. Die traurigen Eisenbahnverhältnisse sind nicht auf Deutschland beschränkt, sondern international. Die Hebung der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen liegt bei der gesamten Arbeiterklasse. Diese sollte immer die Frage in den Vordergrund stellen: Wie nahe ich meinem Lande? (Beifolles Beifall.)

Abg. Gornisch (D. Vp.): Die Hünshernerarbeit muß wieder eingeführt werden. Hoffentlich wird das Reich die Eisenbahnen in der Blüte (I) erhalten, zu der Preußen sie emporgeführt hat.

Abg. Paul Hoffmann (U. Soz.): Die Arbeitslosigkeit der Arbeiter läßt sich nur durch wirklichen Mitbestimmungsrecht herbeiführen. Der Minister sollte die Truppen, die sehr im Ballum so viel Schaden angerichtet haben, in die Kohlenbergwerke schicken, mit ihren Offizieren, falls diese Lust zu produktiver Arbeit haben. Beamte, die nicht gestraft haben, sollen Lebensmittelzulagen erhalten. (Abg. Riebel: Sie selbst haben ja den Leuten auch Lebensmittel versprochen, wenn sie aus der Organisation austreten,

ein Mitglied der Hünshernerkommission Bericht über den Stand des Streiks und seine Bedeutung für alle Gewerkschaften geben soll.

Nach dieser sehr deutlichen Erklärung der höchsten gewerkschaftlichen Instanz der Berliner ist bei einem erneuten Verschlagen der Verhandlungen mit einer sehr erheblichen Ausdehnung des Streiks zu rechnen. Um so mehr liegt es nun an den Unternehmern, durch Verhandlungsbereitschaft zu beweisen, daß es ihnen mit der so oft belehrten Friedensliebe ernst ist und daß sie nicht die Absicht haben, die in der Metallindustrie bezahlten Spitzenlöhne abzubauen. Ein Versuch, der als eine allgemeine Schädigung der Arbeiterschaft in ihrem Kampfe um gerechten Lohn angesehen werden müßte.

Ueber die Streiklage machen Hünshernerkommission und Berliner Gewerkschaftskommission folgende Mitteilungen:

Dreizehn weitere Firmen sind in den Streik getreten. Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten hat sich um 2000 erhöht. Die Unternehmer erstreben sich weiter der liebevollen Fürsorge der Behörden. So sind dem Hüttenwerk Reier in Tempelhof Soldaten zum Entladen der Eisenbahnwaggons beordneterweise zur Verfügung gestellt worden.

Die Streikleitung, die beschlossen hatte, dem Ort Siemensstadt elektrische Kräfte für die Motoren und Beleuchtung zur Verfügung zu stellen, sieht sich genötigt, ihren Beschluß zu ändern, da die Siemenswerke den nur für die örtliche Bevölkerung zur Verfügung gestellten Strom benutzt, um ihre Werkströme laufen zu lassen. Unterbleibt die Benutzung des Stroms zum Zwecke der Streikarbeit durch die Siemenswerke, so ist die Hünshernerkommission bereit, den Bewohnern von Siemensstadt elektrische Kräfte wieder zur Verfügung zu stellen.

Es sind neu errichtet worden: Stempelnebenstelle 10 bei Rapproth, Krammen, Dammsir. 205, für Krammen, Schwante, Fietzen, Stafelde, Sommerfeld, Beech, Eimm. Stempelnebenstelle 11 bei Friesenschloß Müller, Ede Ofener Straße. Stempelstelle 49 bei Wayer, Müllerstr. 126.

## Brüder von einst.

Unabhängige und Kommunisten fanden sich bisher in wüßtester Bekämpfung der sozialdemokratisch gestifteten Arbeiterkollegen brüderlich zusammen. Durch den Austritt aus den „roten Vollzugsrat“ und ihre Kampfanfrage gegen die Gewerkschaften haben die Kommunisten das enge Verhältnis in die Brüche geben lassen. Die „Freiheit“ widmet ihnen in einem Artikel über den Metallarbeiterstreik jetzt folgende Liebenswürdigkeiten:

Über auch andere Elemente empfinden den großen Kampf der Metallarbeiter un bequem. So berühren die Streikleiter, daß die Kommunisten in ganz unverantwortlicher, geradezu verbrecherischer Weise in den Betrieben nicht nur die Sammlungen für die Streikenden sabotieren, sondern ganz offen ausgesprochen haben, daß sie mit allen Mitteln für ein Niederbrechen unseres Streiks agitieren wollen, um auf diese Weise die Herabsetzung der Gewerkschaften möglich zu machen. Wie sie in ihren Versammlungen anführen, erhoffen sie dadurch eine Stärkung ihrer Organisation. Wie sie in einer Versammlung im Norden Berlins mitteilen, glauben sie, circa 30000 Mitglieder einzufangen, wenn der Streik mit einem Mißerfolg enden sollte. Verbohrte Schlingel der Arbeiterpartei, die dem Phantome eines neuen Syndikalismus nachlaufen, der durch die neuen Betriebsorganisationen seine sagenhafte Kraft zur Befreiung der Arbeiterklasse entfalten soll, indem er das Proletariat seines einzigen Machtmittels, der geschlossenen und tatkräftigen Organisation beraubt. . . .

Solange die Kommunisten sich nicht stark genug fühlen, ihre auf Zerstörung der von der Arbeiterpartei aufgebauten Organisationen allein betreiben zu können, klang ihre Wertschätzung in der „Freiheit“ wesentlich anders. Was doch alles ein Beschluß zu Wege bringt!

— Ärmlicher Widerspruch bei den Unabhängigen. — Wir sind Feinde der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. (Zuruf: Wo bleiben denn nun Ihre sozialen Reformvorschläge? — Gegenruf: Davon versteht er ja nichts! — Allgemeine Zustimmung.)

Minister Deser

Ich bin gänzlich entfernt von jeglichen Gedanken, die Arbeiter herabzusetzen und habe das auch in keiner Hinsicht getan. (Beifolles Zustimmung im ganzen Hause.) Ich habe lediglich dargelegt, daß die heutigen Leistungen nicht den normalen entsprechen und auch diese Erfindung sogar als international bezeichnet. Es war aber meine Pflicht, Maßregeln zu ergreifen, um den Betrieb wieder in Ordnung zu bringen. Wenn der Abg. Paul Hoffmann die (bereits bekannten) Vorschläge der Mehrheit ablehnt, so hat er die Verpflichtung, etwas Gleichwertiges oder Besseres an ihre Stelle zu setzen. (Beifolles Beifall.) Das ist nicht geschehen. Wir haben den Arbeitern zugesichert: Ihr sollt nicht weniger verdienen, Ihr sollt mehr verdienen und eure Vertreter sollen dabei mitbestimmen. Das ist ein Angebot, das man im normalen Leben als gültig zu bezeichnen pflegt. (Beifolles Beifall.) Freitag 13 Uhr: Kleine Anfragen. Wetterberatung. Schluß 6 Uhr.

Die Betriebsräte. Artikel 5 erhielt im Ausschuh folgenden Inhalt: Der Betriebsrat besteht in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitnehmern aus drei, mit 50—100 aus fünf, mit 100—200 aus sechs Mitgliedern. In Betrieben von 200—1000 Arbeitnehmern erhöht sich die Zahl der Mitglieder für je 200 weitere Arbeitnehmer, in solchen von 1000 und mehr Arbeitnehmern für je 500 weitere Arbeitnehmer um je eines. Höchstzahl der Mitglieder 20. Hat ein Betrieb weniger wählbare Arbeitnehmer als die hiernach erforderliche Mitgliederzahl, so besteht der Betriebsrat aus drei Mitgliedern. Artikel 6 besagt nur: Befinden sich unter den Arbeitnehmern sowohl Arbeiter wie Angestellte, so muß im Betriebsrat vorbehaltlich des § 2, Absatz 4 jede dieser beiden Gruppen ihrem zur Zeit der Ausernennung der Wahl bestehenden Zahlenverhältnis innerhalb der Arbeiterklasse des Betriebes entsprechend, mindestens aber durch ein Mitglied, bei 50—200 Gruppenangehörigen durch zwei, über 200 bis unter 600 durch drei, bei 600 bis unter 1000 durch vier, bei 1000 bis unter 2000 durch fünf, bei 2000 und mehr Gruppenangehörigen durch sechs vertreten sein. Von einer besonderen Vertretung der Minderheitsgruppe ist abzusehen, wenn ihre nicht mehr als fünf Personen angeben und diese zugleich nicht mehr als ein Zwanzigstel der Arbeitnehmer darstellen. Durch einen mit Mehrheit beider Gruppen in geheimer Abstimmung gefaßten Beschluß der Betriebsversammlung kann die Verteilung der Mitglieder auf Arbeiter und Angestellte abweichend von Absatz 1 festgesetzt werden. Zählt eine der beiden Gruppen weniger wählbare Personen als die nach Absatz 1 erforderliche Zahl ihrer Vertreter, so kann sie auch Angehörige der anderen Gruppen zu ihren Vertretern wählen. — Einstimmig angenommen wurde ein Antrag der Mehrheitspartei, wodurch die Arbeitsbetriebsräte gestrichen werden.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Lohnbewegung im Wagenbau.

Die im Wagen- und Karosseriebau beschäftigten Arbeiter waren Anfangs vorigen Monats mit dem Arbeitgeber-Schutzverband ihres Gewerbes in Verhandlungen getreten, um eine zeitgemäße Verbesserung ihrer Löhne zu erzielen. Die Verhandlungen brachten wohl eine einigermaßen befriedigende Regelung der Urlaubsfrage, in der Lohnfrage selbst aber zeigte die Arbeitgeber so wenig Entgegenkommen, daß die Arbeiter zu der letzten Waffe, dem Streik, greifen mußten, um ihre berechtigten Forderungen erfüllt zu sehen. Der am 29. September begonnene Ausstand brachte bereits am ersten Streiktag bei einer Reihe Firmen vollen Erfolg. Auch der Arbeitgeber-Schutzverband sah sich bald gezwungen, mit den Arbeitern in Verhandlungen zu treten. Durch diese Verhandlungen wurden die Mindeststundenlöhne in Gruppe 1 von 2,85 M. auf 3,40 M., in Gruppe 2 von 2,65 M. auf 3,20 M. erhöht. Die Akkordlöhne wurden um 40 Proz. erhöht, doch muß die Akkordbasis 3,75 M. resp. 3,50 M. in den einzelnen Gruppen betragen. An Urlaub wurden im 1. Jahre 3 Tage, nach 2 Jahren 4, nach 3 Jahren 5 und nach längerer Tätigkeit 6 Tage gewährt. Bei Kriegsteilnehmern gilt die Dienstzeit als Arbeitszeit. Auf dieser Grundlage wurde die Arbeit am 6. d. Mts. wieder aufgenommen.

Der Abschluß der Bewegung zeigt, daß bei einigermaßen gutem Willen der Unternehmer, und, wenn der nicht vorhanden, bei voller Solidarität der Arbeiter Erfolge zu erzielen sind, die auch den Arbeitern die Erzielen in dieser schweren Zeit gewährleisten.

## Verfängestellen-Bewegung.

Seit längerer Zeit schweben Verhandlungen über den Abschluß eines Reichstarifs für die Angestellten der deutschen Seeschiffswerften. Die Hauptverhandlung fand am 7. Oktober 1919 im Schütting in Bremen statt, führte aber zu keinem Ergebnis, da die Versten keine Zugeständnisse machen wollten. Die Verhandlungen wurden daher abgebrochen und die Vertreter der Angestellten (die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände und der Gesamtverband der Angestellten der deutschen Seeschiffswerften) erklärten daher, sich alle weiteren Schritte vorbehalten zu müssen. Die hiermit in ein kritisches Stadium eingetretene Bewegung erstreckt sich über alle deutschen Seeschiffswerften.

## Zum Schiedspruch des gemeindlichen Zentralausschusses.

Eine gemeinsame Versammlung der Lohnkommissionen und Betriebskomitee der in holländischen Betrieben beschäftigten Transportarbeiter, Maschinen- und Heizer, Metallarbeiter, Eisenbahner, Gärtner usw. kam nach eingehender Erwägung, unter Berücksichtigung der vom Staats- und Gemeindefachverband eingereichten niedrigeren Forderungen zu dem Beschluß, den Kollegen die Annahme des Schiedspruches zu empfehlen. Anstelle wurde unter den Anwesenden angeklagt über die Mitteilung, daß Organisationsvertreter des Gemeindefachverbandes gegen den Antrag des Transportarbeiterverbandes auf höhere Entlohnung der Auswärtsarbeiter, die nur jageweise beschäftigt werden, und für die der soziale Teil des Tarifvertrages dabei nicht in Frage kommt, Stellung genommen haben. Der Antrag ist dann auch, obgleich er für die Auswärtsarbeiter, den Verboten der Armen, einen Ausgleich für die bisherige Schlechterstellung schaffen sollte, vom Eisenbahnerkollegium, dem Zentralausschuss, dem drei Vertreter des Gemeindefachverbandes als Mitglieder angehören, abgelehnt worden. Eine gemeinsame Versammlung aller in holländischen Betrieben beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Handwerker der in Frage kommenden Organisationen soll nun in den nächsten Tagen über die endgültige Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches entscheiden.

## Die Lohnbewegung im Eisenhandel.

In der Vertrauensmännerkonferenz wurde von der Branchenleitung der Bericht über den Stand der Lohnbewegung gegeben. Leider haben bisher Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband nicht stattfinden können, da derselbe angeblich dauernd auf Reisen ist. Die Vertrauensleute stellten sich nunmehr auf den Standpunkt, daß darin nur eine Verschleppung der Bewegung zu suchen sei. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die versammelten Obmänner und Vertrauensleute aus der gesamten Eisenhandelsbranche, Nöhrenlögern usw. haben Kenntnis genommen, daß Verhandlungen über das Lohnabkommen noch immer nicht zustande gekommen sind. Sie erklären in dem dauernden Hinausziehen dieser Verhandlung eine Verschleppungspolitik des Arbeitgeberverbandes und beauftragen die Branchenleitung, dahin zu wirken, daß bis spätestens Sonntag, den 11. Oktober 1919, Verhandlungen einseitigen sind.“

Sollten die Arbeitgeber zu diesem Tage nicht bereit sein zu verhandeln, so wird die Branchenleitung beauftragt, alle gewerkschaftlichen Mittel in Anwendung zu bringen.“

Am Sonntag, den 12. Oktober, um 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15, Saal 10, eine erneute Vertrauensmännerkonferenz statt und um 10 Uhr im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine Branchenversammlung, in der die nächsten Schritte beschloffen werden sollen.

Zu bemerken ist, daß eine ganze Anzahl Firmen den Vertrag bereits anerkannt haben. Alle diejenigen Firmen, die dasselbe beabsichtigen, werden ersucht, sich umgehend an den Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, zu wenden.

## Zur Lohnbewegung in den Wurfmaschinen

ist mitzuteilen, daß durch eine Vereinbarung mit den Fabriken und dem Zentralverband der Fleischer der alte Vertrag bis zum 30. D-

tober 1919 verlängert wird mit der Maßgabe, daß in der ersten und dritten Lohnklasse 20 Proz., in der zweiten Lohnklasse 30 Proz. Zulage ab 29. September erfolgt. Bis zum 30. Oktober soll versucht werden, einen paritätischen Arbeitsnachweis im Anschluß an die Stadt Berlin zu errichten, damit dieser Streitpunkt aus der Welt geschafft wird. Die Wurfmaschinenfabrikanten hatten sich bei den letzten Verhandlungen den Obermeister der Fleischerinnung zu Hilfe geholt. Man wollte nochmals den Versuch unternehmen, den gelb-druckischen Bund in das Tarifverhältnis aufzunehmen, was von den Vertretern des Verbandes auf das entschiedenste abgelehnt wurde. In den Mitgliederversammlungen des Verbandes der Vororte ist dieser Vereinbarung zugestimmt worden mit dem Vorbehalt, daß wenn bis zum 30. Oktober kein Tarifvertrag mit den Wurfmaschinenfabrikanten zustande kommt, dann der Kampf mit den Einzelbetrieben aufgenommen wird. Morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet die Fortsetzung der aufgelösten Versammlung für den Bezirk Berlin bei Boeker, Weberstr. 17, statt.

## Alabasterarbeiter, Schleifer, Drechsler, Sandjäger-schneider!

Die Arbeiter der Firma A. Albrecht, Mitterstr. 11, stehen im Streit um Anerkennung der Lohnsätze der Alabasterarbeiter. Während alle anderen Firmen der Branche das neue Lohnabkommen anerkannt haben, weigert sich Herr Albrecht, die Löhne zu zahlen. Wir bitten alle Arbeiter, Solidarität zu üben und unter keinen Umständen bei dieser Firma Arbeit anzunehmen.

## Die Branchenleitung.

Die Angestellten der Abzahlungsgeschäfte Groß-Berlins hatten im Juni dieses Jahres durch ihre Organisation, dem Zentralverband der Angestellten, einen Tarifentwurf eingereicht. Die Arbeitgeber haben die Verhandlungen bis jetzt verschleppt. In den ersten Verhandlungen mit ihnen machten sie den sehr durchsichtigen Vorschlag, eine Kommission zu bilden, die die Lohnverhältnisse der Berliner Abzahlungsgeschäfte prüfen und je nach der Größe und Rentabilität des Unternehmens für die Angestellten evtl. entsprechende Gehälter festsetzen sollte. Das Mißbestimmungsrecht lehnten diese Herren überhaupt ab. Da die Arbeitgeber betonten, daß ihnen auch daran liegt, die wirtschaftliche Lage der Angestellten in Bezug auf die Lohnfrage sofort zu regeln, so wurde seitens der Verhandlungskommission der Vorschlag gemacht, bis zum Inkrafttreten des Tarifvertrages ein Provisorium durchzuführen und zwar bei einem Gehalt bis 350 M. 33 1/2 Proz. Zuschlag und darüber 25 Proz. Die Arbeitgeber erklärten nun, daß sie diesen Vorschlag ihrer Zehnertkommission zur Beratung vorlegen wollen und die Verhandlungen waren somit erledigt. Für die Kollegen aus der Abzahlungsbranche ergibt sich aus diesem Verhalten der Arbeitgeber die eine Konsequenz, sich fester als je der Organisation anzuschließen, um den Arbeitgebern gegenüber die geschlossene Front bei dem nun unbedingt kommenden Kampfe zu bilden. Es muß unter allen Umständen eine einheitliche tarifliche Regelung in Groß-Berlin durchgeführt werden und ebenfalls muß gerade das Mißbestimmungsrecht bei den Abzahlungsgeschäften zur vollen Auswirkung gelangen.

## Revolutionäre Betriebsorganisation oder freie Gewerkschaft.

Diese Frage wurde in einer Versammlung der Gemeindefacharbeiter von Charlottenburg behandelt. Logodjinski vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter wies in seinen Ausführungen nach, daß der Zusammenhalt der Arbeiterkraft innerhalb der bestehenden Gewerkschaften mehr denn je eine Notwendigkeit sei. Die Forderung der Syndikalisten nach Betriebsorganisation sei veraltet, denn solche betreiben längst in dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Den Verfechtern des syndikalistischen Gedankens wurde mit diesen Ausführungen der Boden für eine weitere Propaganda entzogen.

Der Referent Müller (Kommunist) bemühte sich vergeblich, den erhofften Anklang zu finden.

**Tariffbewegung der Angestellten im Groß-Berliner Buch-, Kunst- und Musikalienhandel.** Der bis zum 30. September laufende Tarifvertrag der Angestellten des Groß-Berliner Buchhandels ist gekündigt worden. In einer vom Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsgewerbes und dem Zentralverband der Angestellten zu Sonntag, dem 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, einberufenen öffentlichen Versammlung in den Arminshallen, Kommandantenstr. 68/69, soll Stellung zu einem neuen Tarifvertrag genommen werden.

## Achtung, Metallarbeiter!

**Olmowerk Siemens-Schuckert.** Sonnabend, den 10. Oktober, vormittags 11 Uhr, im Stadtpark, Jungfernhöhe: Betriebsversammlung. **A. G. G. Glühlampenfabrik.** Ab Freitag, nämlich morgen 10 1/2 bis 2 Uhr: Ausgabe der Diktaturen.

**Schwarztopfarbeiter S. M. A. G. Wildau.** Freitag, den 10. Oktober, nachmittags 1 Uhr: Betriebsversammlung im Kasino. Tagesordnung: 1. Bericht über die Streiklage. 2. Diskussion. Die Vertrauensleute müssen unbedingt zwecks Kühlung der Listen für die Krankenkasse erscheinen.

**Vorlag. Ziegel.** Sämtliche Kollegen werden aufgefordert, am Sonntag, den 12. Oktober, von 9-12 Uhr in dem Annedelhof zwecks Unterschreibung der Diktatur sich einzufinden. Der Arbeiterrat.

**Cyran-Werk.** Alle Kolleginnen und Kollegen am Sonnabend von 8-11 Uhr Diktaturen im Streiklokal (Schoner) unterschreiben. Nach Unterschritt: Streikkontrolle. Karten abgeben. Außerdem müssen sämtliche Unorganisierte erscheinen zwecks Unterschreibung. Die Streikleitung.

**Firma Freund.** Heute Freitag, den 10. Oktober, haben sich alle Kolleginnen und Kollegen zwecks Unterschritt der Diktaturen im Lokal von 2. Müller, Franklinstr. 19, von 8-2 Uhr einzufinden. Am Montag, den 12. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im „Volkshaus“, Charlottenburg, Rosinenstraße, unsere Betriebsversammlung statt. Aufschließend Ausschaltung der Streikunterstützung. Die Streikleitung.

**Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.** Große öffentliche Versammlung aller Berliner Angestellten am Freitag, den 10. d. Mts., abends 7 Uhr, in den Kammersälen, Leipziger Str. 1-4. Thema: Betriebsräte. Referent: Kollege Aufhäuser. Ergeben und eifrig erforderlich.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.** Lagerarbeiter, Transportarbeiter, Bader, Kutscher aus allen Betrieben der Eisenbranche, Eisen-, Stahl-, Kohlen-, Trägerlögern, Werkzeug-, Metallhandlungen, Altmetall-, Wägen, Eisenwaren- und -groß-Geschäften, Deleu-, Handhandlungen, Emaillewaren, Haus- und Küchengeräte. Am Sonntag, den 12. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstraße 15 (Großer Saal): Große Versammlung. Tagesordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung.

**Wertmehrer-Verband für das Buchbindergewerbe.** Sonnabend, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, im „Schultheiß“, Neue Jakobstraße 24: Generalversammlung.

# Parteinachrichten.

**Das Lichtbilderverzeichnis des Zentralbildungsausschusses** ist neu herausgegeben worden. Es enthält eine Anleitung für die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen und die näheren Bedingungen für das Ausleihen der Lichtbilderferien. Ein Verzeichnis der Serien fällt sich an, nach den verschiedenen Wissensgebieten geordnet. Für jede Serie steht ein von sachmännischer Seite bearbeiteter Vortragsgrundriß bzw. Text zur Verfügung, so daß dadurch den Organisationen die Veranstaltung von Lichtbildervorträgen sehr erleichtert wird. Besonders reichhaltig sind Reisebilder und Märchenferien für Kinder vertreten. Da die parteigenössliche Bildungsarbeit jetzt überall wieder in Fluß kommt, so erscheint das Lichtbilderverzeichnis gerade zur rechten Zeit. Es wird an alle Parteiorganisationen, Bildungs- und Jugendauschüsse durch die Geschäftsstelle des Zentralbildungsausschusses Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, auf Verlangen kostenlos zugesandt.

„Freiheit“ Lügner? Redakteur Schiller soll durch S. P. D. „Wozgen“ aus dem „Hamburger Echo“ wegen Anti-Roskismus entfernt worden sein. Das „Echo“ teilt mit, daß er ausschließlich darum gegangen ist, weil ihm die von der Landesorganisation Hamburg der S. P. D. beschlossene Neugefaltung der Redaktion nicht paßte. Diskussionen mit Redaktions-„Wozgen“ gab's nur darüber, daß Schiller Meldungen über die Vorkämpfer ins Blatt gab, denen man die bürgerliche Sensationsmode schon von weitem anmerkte.

# Berichtszeitung.

## Ein Aufrührerprozess.

Der noch einmal die Januarvorgänge behandelt, nahm gestern seinen Anfang vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. Angeklagt sind folgende Personen: Schneidermeister Friedrich Haberland, Mechaniker Walter Haase, Techniker Kurt Pirom, Kontor Billy Wolln, Kochleger Billy Ostermann und Kunstgewerbetler Friedrich Braß. Den Vorwurf führt Landgerichtsdirektor Jeeb, die Anklage wird vertreten vom Staatsanwaltschaftsrat Dr. G. H. J. J. J.; den Angeklagten stehen die Rechtsanwälte Dr. G. H. J. J. J., Dr. Kurt Rosenfeld, Dr. W. H. J. J., Dr. Siegfried Weinberg und Dr. Gustav Goldschmidt als Verteidiger zur Seite. — Die Angeklagten sind des Aufrühs, des Landfriedensbruchs, und zwar als Rädelsführer, Haase auch als Mitglied des „Roten Soldatenbundes“ der Geheimbünde beschuldigt. Die Angeklagten sind anlässlich der Januarunruhen bei den Kämpfen um das „Vorwärts“-Gebäude von der bewaffneten Macht festgenommen worden. Der Verhandlung stellen sich zunächst Schmierigkeiten entgegen, indem nicht die vorgeschriebene Zahl von Geschworenen zur Stelle war. Der Vorherrsche verlagte deshalb die Verhandlung auf Freitag 9 Uhr. — Die Vorgeschichte der Januarunruhen und die wechselnden Schicksale des „Vorwärts“-Gebäudes während der Bewegung durch die Spartakisten und Entsetzung durch die Regierungstruppen sind in den vorangegangenen Berichten schon wiederholt so ausführlich behandelt worden, daß es sich wohl erübrigt, noch einmal auf Einzelheiten zurückzukommen. Für die Verhandlung sind 5 Tage angefeht worden. Wir werden das Urteil mitteilen.

# Aus aller Welt.

## Alkoholverbot in Norwegen.

Die Volksabstimmung über das Gesetz, das alle mehr als 12 Proz. Alkohol enthaltenden Getränke verbietet, ergab bei 90 Proz. Beteiligung 442 850 Stimmen für und 285 812 Stimmen gegen das Verbot. In Christiania waren die Gegner des Verbotes in der Mehrheit.

**Denkmalskürzer.** Jede deutsche Stadt in den Sudeten hat ein Kaiser-Josef-Denkmal. Jetzt haben Tischechen in Orkann die Figur vom Sockel gestürzt. Sie wurde ins Museum gebracht. Viele Deutsche gingen hin und gaben ihrer Entrüstung Ausdruck. In Prag wurde gleich nach dem Umsturz der alte Feldmarschall Radetzky entronnt.

**Schwedische Volkshandelskassen.** In der schwedischen Stadt Ulfeshol waren 10 Berliner Kinder zur Erholung untergebracht. Der „Erste Rädtsche Arzt“ Herr Axel Nilsson hat nun jedem dieser Kinder dur adas deutsche Konsulat in Gothenburg 300 M. als Geschenk überweisen lassen.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag.** Biesach heiter, jedoch kühl und sehr veränderlich. Besonders östlich der Oder öfters leichte Niederschläge bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Verantw. für den Redaktion. Teil: Alfred Scholz, Redaktion; für Anzeigen: Theodor Glode, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 8. 1000 2. Blatt.

**OSRAM**

**Eine Verkörperung aller Errungenschaften der elektrischen Beleuchtungstechnik.**

- Sonnenweißes Licht
- Geringer Stromverbrauch
- Große Widerstandsfähigkeit
- Lange Lebensdauer

Osramwerke, Berlin O. 17.